

Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK) 2019

KLIMASCHUTZ MITWIRKUNG

Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie-
und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg (IEKK)



ERGEBNISSE AUS DEM THEMENBEREICH INDUSTRIE UND STOFFSTRÖME



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	1
I. Neue Maßnahmenvorschläge	6
II. Bestehende Maßnahmenvorschläge	22
1. Handlungsfeld: Energieeffizienz in Industrie und Unternehmen	22
2. Handlungsfeld: Erneuerbare Energien in der Prozesswärme	42
3. Handlungsfeld: Kreislaufwirtschaft	50
4. Handlungsfeld: Nachhaltiges Bauen und Ressourceneffizienz	71

Einleitung

Mit der Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (IEKK) werden in Baden-Württemberg Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, die auf viele Lebensbereiche einwirken. Deshalb hatte die Landesregierung Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, verschiedenen Gruppen, Instituten und Interessensvertretungen dazu eingeladen, sich im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung an der Weiterentwicklung des IEKK zu beteiligen. Von Mitte Mai bis Ende Juli 2019 haben sich viele Bürgerinnen und Bürger online und persönlich an den Bürger- und Verbändetischen eingebracht. Von Anfang an hat die Verwaltung des Landes Baden-Württemberg etwa 170 Maßnahmen für ein neues IEKK vorgeschlagen, die jedoch alle als Entwurf zur Debatte standen. Ziel der frühen Einbeziehung von Bürgerinnen, Bürgern, Verbändevertreterinnen und Verbändevertretern war es, wertvolle Hinweise zur Ausgestaltung, Ergänzung und Anpassung dieser Maßnahmenvorschläge zu erhalten. Besonders interessant sind daneben neue Vorschläge, die aus der Bürgerschaft oder von Interessensgruppen eingebracht wurden. Die zu diskutierenden Themen waren unterteilt in die Themenfelder Strom, Verkehr, Wärme, Industrie und Stoffströme, Land- und Forstwirtschaft/Landnutzung und Querschnitt. Die Teilnehmenden haben die vorgeschlagenen Maßnahmentexte bewertet, Verbesserungsvorschläge formuliert und gemeinsam auch neue Maßnahmen entwickelt.

All diese Kommentare und Vorschläge wurden gesammelt, thematisch sortiert und in Dokumenten zusammengefasst, um mit den Ergebnissen weiterarbeiten zu können. Im folgenden Dokument finden Sie alle Kommentare, Bewertungen und Vorschläge zum Themenfeld Industrie und Stoffströme, die bei uns im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangen sind.

Die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung werden nun von den Ministerien des Landes gesichtet und geprüft. Vorschläge für Veränderungen der Maßnahmentexte und für neue Maßnahmen werden zwischen den Ministerien diskutiert. Dieser Prozess durchläuft mehrere Abstimmungsrunden in der Verwaltung. In den Entwurf fließen im Rahmen dieser Abstimmungen auch Begleittexte und Formulierungen für Ziele und Indikatoren zur Messung des Fortschritts bei Energiewende und Klimaschutz in Baden-Württemberg ein. Sobald ein Entwurf entwickelt worden sein wird, wird die offizielle Verbändeanhörung folgen, bei der den Verbänden die Gelegenheit gegeben wird, zu diesem ersten Entwurf Stellung zu nehmen. Dies wird öffentlich bekannt gegeben.

Der finale Entwurf wird dann dem Landtag zur Stellungnahme vorgelegt und abschließend durch die Landesregierung beschlossen. Im Sommer 2020 soll das Land Baden-Württemberg ein neues Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept für den Zeitraum bis 2030 vorliegen haben.

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich mit den vorliegenden Dokumenten einen Überblick über die verschiedenen Argumente und Meinungen zu verschaffen, oder werfen Sie nur einen kurzen Blick auf vereinzelte Maßnahmenvorschläge und die Kommentare dazu. Denn gerade in der Vielfalt der Kommentierungen aus Bürger-, Verbände- und Jugendbeteiligung liegt die Stärke der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes Baden-Württemberg.

Erläuterung zum Dokument

Im folgenden Dokument finden Sie sowohl die Maßnahmenentwürfe aus den Ministerien des Landes Baden-Württemberg als auch Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gänzlich neu eingebracht wurden.

NEUE MASSNAHMEN

Sowohl über die Online-Beteiligung als auch an den Bürger- und Verbändetischen und während der Jugendbeteiligung konnten neue Maßnahmenvorschläge eingebracht werden. Bei diesen Veranstaltungen war es auch möglich, die neuen Vorschläge direkt zu kommentieren. Bewertet werden konnte dabei, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschweren. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird. Die Maßnahmenvorschläge sowie deren Bewertung durch die Teilnehmenden vor Ort sind jeweils in einzelnen Tabellen dargestellt.

Im folgenden sehen Sie eine Übersicht einer solchen Tabelle mit einer Beschreibung der Inhalte.

The image shows a screenshot of a document interface for a new measure. It includes several callout boxes explaining different parts of the interface:

- Red callout (top left):** Maßnahmennummer und Angabe, ob der Vorschlag aus der Online-, Bürger-, Verbände- oder Jugendbeteiligung stammt. (Points to the ID and source field)
- Black callout (top center):** Beschreibung der Maßnahme durch den Autor / die Autorin. (Points to the description field)
- Blue callout (right side):** Kommentare der Teilnehmenden, die entweder persönlich dem Vorschlag zugeordnet oder im Plenum diskutiert wurden. Bei der Online-Beteiligung war eine direkte Kommentierung nicht möglich. (Points to the comments section)
- Blue callout (bottom):** Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen die drei genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet. (Points to the evaluation table)

The main interface elements are:

- Header:** WÄ_N51 (Quelle: Bürgertisch)
- Description:** Neu zu erschließende Baugebiete müssen bereits im Vorfeld für die Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Photovoltaikanlagen geplant werden. Ausschreibungen müssen bereits dahingehend formuliert werden.
- Section:** Bewertung durch Teilnehmende
- Comments:** Kommentare vor Ort
 - Der Bebauungsplan sollte vorschriftsgemäß CO2- neutral sein
- Evaluation Table:** Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=21)

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div style="width: 13px; height: 10px; background-color: #4CAF50;"></div><div style="width: 8px; height: 10px; background-color: #9E9E9E;"></div></div>	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div style="width: 9px; height: 10px; background-color: #4CAF50;"></div><div style="width: 12px; height: 10px; background-color: #9E9E9E;"></div></div>	21	
<small>Angaben = Häufigkeit der Nennung</small>	<small>Zustimmung</small>	<small>Ablehnung</small>	<small>Enthaltung</small>

BESTEHENDE MASSNAHMEN

Die bestehenden Maßnahmenvorschläge konnten in den verschiedenen Beteiligungsformaten bewertet werden. Die Darstellung der bestehenden Maßnahmen und deren Bewertung ist in mehrere Tabellen aufgeteilt.

Dabei können Sie unter *Ausschließlich wertende Kommentare* erkennen, wie viele Kommentare die Maßnahme schlicht als positiv oder negativ bewerten. Zusätzlich konnte abgestimmt werden, ob die Maßnahme als sinnvoll erachtet wird, und ob man die Maßnahme als notwendig erachtet und diese auf jeden Fall (ggf. per Gesetz) umgesetzt werden sollte, auch dann wenn sich viele beschweren. Als drittes wurde abgefragt, ob man persönlich in seinem Umfeld dabei unterstützen möchte, dass die Maßnahme erfolgreich wird.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Maßnahmennummer und -titel.

Maßnahmentext.

M01	Flankieren und Umsetzen des Kohleausstiegs im Land
<p>Für die Erreichung der CO₂-Ziele in der Stromerzeugung ist der Ausstieg aus der bundesweiten Kohlenutzung erforderlich. Dabei setzt sich das Land für die Umsetzung des Kohleausstiegs parallel zum Kernenergieausstieg bei unverändert hohem Niveau der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit ein.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitung des Strukturwandels an den Kraftwerkstandorten • Runder Tisch mit Kraftwerksbetreibern • Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung lokalspezifischer Alternativkonzepte auch im Bereich Wärme 	
<p>Wenn Sie an der Einordnung Maßnahmenkatalog nachgele...</p>	

Hier kann die Gesamtzahl der eingesendeten Kommentare zur entsprechenden Maßnahme und deren Verteilung auf die Beteiligungsformate abgelesen werden.

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 155				
	Bürgerbeteiligung	Verbände b eteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	5	2	2	146

Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)

	Anzahl	Auswahl
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	2	Die vorgeschlagenen Instrumente scheinen mir ausreichend. Ausstieg um jeden Preis. Schnellstmöglich!
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0	

Es werden Kommentare gezählt, die lediglich wertend (Zustimmung/Ablehnung), ohne Begründungszusammenhang oder Kommentar, sind. Unter „Auswahl“ wird eine Auswahl der Formulierungen zur Illustration gegeben.

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung		Ablehnung		Enthaltung	
	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbände b eteiligung (n=19)	Bürgerbeteiligung (n=17)	Verbände b eteiligung (n=19)	Jugendbeteiligung (n=26)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	15 1 1	14 3 2	13	1	12	
Ihre Umsetzung ist notwendig	14 1 2	13 3 3				
Die Umsetzung unterstütze ich	5 4 8	12 6 1				
Die Maßnahme ist unklar	0	0	0			

Bewertung durch die Teilnehmenden. Mit Klebepunkten konnten die Teilnehmenden bei den Bürger- und Verbändetischen und der Jugendbeteiligung die vier genannten Aussagen beantworten. Nicht geklebte Punkte wurden dabei als Enthaltung gewertet.

KOMMENTARE ZU BESTEHENDEN MASSNAHMEN

Im Tabellenteil B sind sämtliche Kommentare aus der Öffentlichkeitsbeteiligung dargestellt. Diese wurden zunächst in vier Kategorien vorsortiert:

- Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme
- Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme
- Keine wertende Einordnung vorgenommen
- Allgemeine Hinweise

Diese Sortierung wurde zur Orientierung bei der Auswertung und Weiterverarbeitung geschaffen. Sie stellt keine Bewertung der Kommentare dar. Alle eingereichten Kommentare werden bei der Erarbeitung eines neuen IEKK-Entwurfs hinsichtlich ihrer Übernahmemöglichkeit ins IEKK geprüft.

Im Folgenden sehen Sie eine Übersicht solcher Tabellen mit einer Beschreibung der Inhalte.

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme positiv gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern.
 Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Eventuelle Gewichtung des Kommentars durch die Teilnehmenden vor Ort. Damit hatten sie die Möglichkeit, den Kommentar hervorzuheben und bspw. als besonders wichtig oder dringend zu kennzeichnen. Bei der Online-Beteiligung war diese Gewichtung nicht möglich, daher enthält dort die entsprechende Zelle die Angabe „n. a.“
 Außerdem angegeben ist die Quelle des Kommentars (s. Abkürzungsverzeichnis).

B		Kommentarinhalte	
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M03_001	Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Strombereich soll in erster Linie Aufgabe des Netzbetreibers sein (unter starker Kontrolle der Bundesnetzagentur und Regierung). Dazu soll der Betrieb von Regel- und Speicherkraftwerken (vor allem Gaskraftwerke) an die Netzbetreiber übertragen werden. Dies ist notwendig, da ein Kapazitätsmodell im Hinblick auf die lange Laufzeit eines Gaskraftwerkes große Investitionsrisiken birgt und damit eine Investition im notwendigen Ausmaß sehr unwahrscheinlich,	n. a.	OB

-> Ziel: 2035 100% EE	
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die der Maßnahme negativ gegenüberstehen und keine rein wertende Aussagen sind, sondern Begründungszusammenhänge oder Erläuterungen liefern.
 Trat die Aussage mehrmals auf, werden diese mit der Anzahl der Duplikate angegeben.

Fixierung der Batterieentwicklung auf Mobilität ist ungenügend	
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die in ihrer Wertung nicht zugeordnet werden konnten oder nicht den Kern der Maßnahme betreffen.

Vollständige Kommunikation der Ergebnisse an die Öffentlichkeit	
<i>Allgemeine Hinweise</i>	
Kennung	Kommentar

Es werden alle Kommentare aufgelistet, die keine Maßnahme im Speziellen betreffen, sondern allgemeiner Natur sind.

Abkürzungsverzeichnis

BETEILIGUNGSFORMAT

JB = Jugendbeteiligung
BB = Bürgerbeteiligung
OB = Onlinebeteiligung
VB = Verbände**beteiligung**

SEKTOREN

LW = Landwirtschaft
ST = Strom
WÄ = Wärme
VK = Verkehr
IS = Industrie- und Stoffströme
QS = Querschnitt

SONSTIGES

n = Anzahl der am Format beteiligten Personen
n. a. = keine Angabe


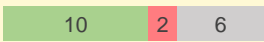
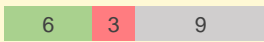
I. Neue Maßnahmenvorschläge




IS_N01	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Eine sehr einfache Maßnahme und ein Beitrag, das Klima weltweit zu schützen, wäre eine umfassende Verwendung von Recyclingpapier, z.B. in Schulen, wo sehr viel Papier für Hefte, Blöcke, Klopapier... verbraucht wird. Vor Jahrzehnten wurde das überall empfohlen und daher in allen Schreibwarengeschäften für Schulkinder und Jugendliche zum Kauf angeboten. Heute ist das offenbar in Vergessenheit geraten, und man hat Mühe, wenn überhaupt, solches Schulmaterial (auch Briefpapier) noch irgendwo zu finden, da, wie man sagt, „kein Bedarf mehr besteht“.</p> <p>Dabei wäre die Verwendung von Recyclingpapier, ohne Mehrkosten und ohne Einschränkungen für den Verbraucher, leicht umsetzbar und für den Erhalt der noch verbliebenen klimarelevanten und lebensnotwendigen Urwälder von größter Bedeutung. Nötig allerdings wären dazu Rahmenbedingungen und Vorgaben der Politik im Land und in der Kommune.</p> <p>Vor Jahren habe ich beim Umweltamt (damals Frau Gönner) dafür geworben, an Schulen eine nachhaltige Aktion für die Benützung von Recyclingpapier zu starten. Leider nur freundliche Worte, aber sonst ohne Erfolg.</p> <p>Inzwischen hat sich die Situation als Folge der Klimaerhitzung sichtbar und spürbar derart verschlechtert, dass das Thema die Jugendlichen auf die Straße treibt – zu Recht!</p> <p>Und bei diesen jungen Menschen, die um ihre Zukunft bangen, wird dieses Thema sicher Gehör finden. Denn, wenn diese existenzielle Herausforderung in 10 bis 12 Jahren nicht gemeistert wird, gibt es für Natur und Mensch keine Chance mehr, dieses dann sich selbst verstärkende System zu bremsen und die nachfolgende Generation einen lebenstauglichen Planeten zu erhalten.</p>	
IS_N02	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Als Endverbraucher haben wir geringen Einfluss, allerdings bestimmen wir was gekauft wird und was nicht. Somit sollten wir maßgeblich mitbestimmen welche Produkte wir nicht mehr im Sortiment haben wollen, wie z.B. Plastikverpackungen, energieverschwendend hergestellte Produkte und Lebensmittel. Wenn wir es schaffen die Industrie dazu zu bringen, nach unseren Vorschlägen das Angebot zu gestalten machen wir einen großen Schritt in die richtige Richtung. vielen dank</p>	
IS_N03	Plastik vermeiden (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Das Land Baden-Württemberg muss sich, grundsätzlich und umfassend für die Vermeidung von Plastik einsetzen. Sowohl im Bereich des Mikroplastiks als auch im Bereich der Verpackungen muss Plastik vermieden werden.</p> <p>Unverpacktläden und die Erforschung alternativer/ökologischer Verpackungsmaterialien müssen gefördert werden.</p>	

IS_N04	Müllreduzierung in der Natur und an öffentlichen Plätzen (Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Für eine saubere Stadt schlage ich die Aufstellung von mehr Mülleimern vor. Diese müssten natürlich entsprechend betreut und geleert werden, so muss aber auch kein Personal für die manuelle Entfernung von Müll eingesetzt werden. An vielen Orten in der Stadt gibt es zum Teil für mehrere km keinen Mülleimer auf stark begangenen Wegen. Zum Beispiel, die Hagsfelder Allee entlang gibt es keine Mülleimer und es liegt dementsprechend viel Abfall rum, den wir als Sauberkeitspaten gelegentlich in der Freizeit wegräumen.</p> <p>Ein anderes Thema ist das Rasenmähen. Dabei wird oft Plastik klein geschreddert, was es uns unmöglich macht es später einzusammeln. Vielleicht kann man hier andere Lösungen finden oder im Sinne der Insekterhaltung allgemein weniger mähen.</p>	
IS_N05	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Die Firmen über Steuern dazu anregen, zurückgesendete Artikel nicht zu zerschreddern (momentan ist schreddern günstiger, da so keine Mehrwertsteuern gezahlt werden müssen).</p>	
IS_N06	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Erneuerbare Energien können bekanntlich nicht nur vor Ort genutzt, sondern auch über Wärme- und Kältenetze bereitgestellt werden. Der BUND empfiehlt deshalb, in diesem Kapitel eine Maßnahme zur Bereitstellung Erneuerbarer Energien über Energienetze aufzunehmen.</p>	
IS_N07	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Um Kohle als momentan klimaschädlichsten Energieträger möglichst schnell aus dem Markt zu drängen, ist die Minderung der Stickoxid-Emissionen ein wichtiger Hebel. Die neuen EU-Anforderungen zu NOx-Emissionen sind rechtsverbindlich und müssen in allen EU-Mitgliedstaaten bei bestehenden Anlagen spätestens ab dem 17. August 2021. Die notwendigen Maßnahmen können die Anlagen unwirtschaftlich werden lassen. Die Landesregierung sollte sich deshalb für eine zügige Durchsetzung des geltenden Rechts einsetzen.</p>	
IS_N08	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Die Reduktion der Abfallmengen muss zentraler Baustein des Bereichs Kreislaufwirtschaft sein und darf nicht auf Kunststoffe und Bauprodukte beschränken.</p>	

IS_N09	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Die Stoffkreisläufe zu kontrollieren, ist eine komplexe Angelegenheit. Wie die jüngsten Importverbote Chinas für Müll und Müll-ähnliche Stoffe zeigen, suchen sich die weltweiten Müllströme schnell andere Ziele wie z.B. Indonesien. Um Standards und Recyclingquoten zu sichern ist es notwendig, Exportverbot für Reststoffe in Betracht zu ziehen. Hierfür muss sich die Landesregierung auf EU- und Bundesebene einsetzen.</p>	
IS_N10	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Die abfallpolitischen Regulierungen sind bisher nicht klimaschutzoptimiert. So stammt z.B. die jüngste Fassung des Landesabfallgesetzes Baden-Württemberg von 2009 und erwähnt Klimaschutzbelange noch mit keiner Silbe. Es gehört dementsprechend überarbeitet. Kommunale Einwegabgaben stehen dabei auf einem unsicheren rechtlichen Fundament und brauchen dringend eine Verankerung in den entsprechenden Gesetzen und Vorschriften.</p>	
IS_N11	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Ein Ansatz, den Bedarf an Gütern in der Gesellschaft zu reduzieren, stellen Projekte aus dem Bereich Gemeingüter und Sharing Economy dar. Diese sorgen dafür, dass Güter gemeinsam und dadurch deutlich effizienter genutzt werden. Diese Wirtschaftsweisen brauchen ideelle und finanzielle Förderung, um im erforderlichen Maß zu wachsen. Dabei ist jeweils darauf zu achten, dass nachweisbar ein ökologischer Mehrwert entsteht (Negativbeispiele: Free-Floating Carsharing, E-Scooter).</p>	
IS_N12	(Quelle: Onlinebeteiligung)
<p>Unbehandelter Hausmüll wurde in Baden-Württemberg bis 2004 deponiert. Doch auch wenn die Deponien seit 2005 geschlossen sind, gasen sie immer noch aus. Diese zum Teil hochwertigen Gase müssen flächendeckend energetisch genutzt werden. Dass dies möglich ist, wurde in verschiedenen Forschungsprojekten des Landes gezeigt. Die Folge des Deponieverbots ist, dass der Hausmüll größtenteils verbrannt wird. Solange Müll verbrannt wird, muss an der Verbesserung der Wirkungsgrade der Müllverbrennungsanlagen gearbeitet werden. Eine stoffliche Abfallverwertung ist aber klimaschonender als eine energetische. Der Anteil stofflich verwertbarer Abfälle muss durch eine entsprechende Ökodesign-Politik maximiert werden, um möglichst geschlossene Stoffkreisläufe zu erreichen. Der Anteil fossil-basierter Abfälle muss in der Abfallverbrennung minimiert werden, sodass die Abfallwirtschaft noch weniger zum Klimawandel beiträgt.</p> <p>Wiederaufnahme von Forschungs- und Umsetzungsprojekten zum Rückbau von Deponien und zur Verwertung der geborgenen Rohstoffe. Die letzte, von UM und LUBW geförderte bzw. begleitete Studie hierzu stammt aus dem Jahr 2012 und prognostizierte eine Machbarkeit ab dem Jahr 2021, das nun kurz bevorsteht.</p> <p>In der Zwischenzeit müssen die zum Teil hochwertigen Gase, die aus den Deponien entweichen, flächendeckend energetisch genutzt werden. Dass dies möglich ist, wurde in verschiedenen Forschungsprojekten des Landes gezeigt.</p>	

IS_N13	(Quelle: Onlinebeteiligung)		
	Da jenseits des Denkmalschutzes keine Möglichkeit besteht, einen Abriss zu verhindern, gilt es, zielgerichtet über klimafreundliche Sanierungsprojekte zu informieren.		
IS_N14	(Quelle: Onlinebeteiligung)		
	Ziel einer klimafreundlichen Kreislaufwirtschaft muss sein, dass die Menge an nicht recyclingfähigen Baustoffen auf ein absolutes Minimum reduziert wird. Einfluss muss die Landesregierung über die EU-Bauproduktenverordnung, die Musterbauordnung des Bundes und die Landesbauordnung nehmen.		
IS_N15	(Quelle: Onlinebeteiligung)		
	Auch der nachhaltigste Bau kostet Ressourcen und schadet dem Klima. In diesem Sinne muss sich die Landesregierung für eine generelle Einschränkung der Bautätigkeit einsetzen. Dies z.B. auch ein Engagement auf Bundesebene gegen eine Entfristung des §13b BauGB.		
IS_N16	(Quelle: Onlinebeteiligung)		
	Die Abfallsammlung und –Sortierung sollte optimiert werden. Hierbei ist es sinnvoll, auch die privaten Letztbesitzer eines Abfalls mit einzubeziehen. Auch diese bestimmen letztendlich darüber, was mit den Abfällen geschieht und mit welcher Qualität der Abfall in die Entsorgung geht (s. die häufig nicht guten Qualitäten des Bioabfalls). Hier ist mehr Öffentlichkeitsarbeit vorzusehen. Zudem sollten die kommunale Abfallberatung und der abfallrechtliche Vollzug diesbezüglich optimiert werden.		
IS_N17	(Quelle: Bürgertisch)		
	Nachhaltiges Bauen; Tiny Häuser; Schaffung Baugesetze; Schaffung Infrastruktur		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
Hausdämmung mit nachwachsenden Rohstoffen, z.B. Stroh statt Styroporplatte			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N18	(Quelle: Bürgertisch)		
	Regulatorische Anforderungen vereinfachen – Bürokratieabbau reduziert Ressourcenaufwand		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

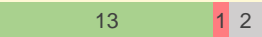

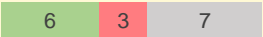
IS_N19	(Quelle: Bürgertisch)		
	Abfallvermeidung, z.B. Förderung von Unverpacktläden/-initiativen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Überdenken des Hygienewahnsinns! Anforderungen übersteigert (Verpackung, Recyclingmaterial, private Dosen) 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

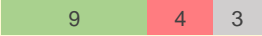

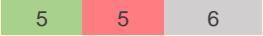
IS_N20	(Quelle: Bürgertisch)		
	Systemisches Denken und Vernetzen – Betrachten von Gesamtprozessen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Vorgaben zur Verwendung gut recycelbarer Kunststoffe z.B. PP 			

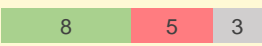
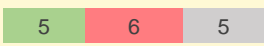
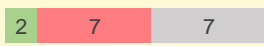
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

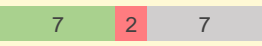
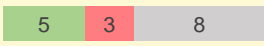

IS_N21	(Quelle: Bürgertisch)		
	Digitale Abstimmverfahren spart Papier/Kleber etc.		
	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung



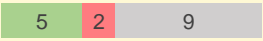
IS_N22	(Quelle: Bürgertisch)		
	Aufklärungsarbeit Mülltrennung		
A	Bewertung durch Teilnehmende		
Kommentare vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> Trennt euren Müll richtig! 			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=18)			
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll	Ihre Umsetzung ist notwendig	Die Umsetzung unterstütze ich	
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung

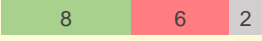


IS_N23	(Quelle: Verbändetisch)		
	Finanzielle Anreize für Unternehmen die Abwärme in Wärmenetze einspeisen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Finanzielle Anreize für Unternehmen, die Abwärme in Wärmenetze einspeisen (Plattform Erneuerbare Energien Baden-Württemberg, PEE); Viele Abwärmepotenziale werden nicht genutzt. Hier gibt es bisher noch zu hohe Bedenken bei Unternehmen bzgl. der Frage, wie verlässlich sie die Wärme liefern müssen etc. (Versorgungssicherheit). Daher finanzielle Anreize, aber auch Verantwortung für Versorgungssicherheit auslagern. 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N24	(Quelle: Verbändetisch)		
	Initiative zur Nutzung von Erneuerbaren Energien in Unternehmen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Initiative zur Nutzung von EE in Unternehmen (PEE); Unternehmen müssen lernen, dass dies Sinn macht 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N25	(Quelle: Verbändetisch)		
	Nutzung sauberer Holzasche als Dünger (Wald, Landwirtschaft)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Nutzung sauberer Holzasche als Dünger (Wald, Landwirtschaft) (PEE); Relativ saubere Rostasche ist schwierig in Kreislauf zurück zu bringen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

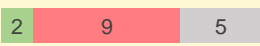
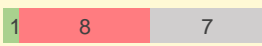
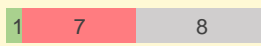
IS_N26	(Quelle: Verbändetisch)		
	Größere Flexibilität Frischholz/Altholz		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Größere Flexibilität Frischholz/Altholz (PEE); Altholzkraftwerke und Frischholzkraftwerke sind strikt getrennt, hoher Transportaufwand, Regionalität kann nicht gewährleistet werden; Es braucht hochwertige Filter für Altholz Es geht vielmehr darum, den bestehenden Kraftwerken eine Anschlussperspektive zu geben nach Ende EEG Holz ist in erster Linie staatlich zu verwerten: Höhere Wertschöpfung. Eine energetische Nutzung kommt allenfalls auf einer späteren Stufe in Betracht. („Kaskadennutzung“) 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

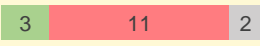
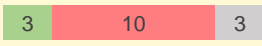
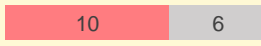
IS_N27	(Quelle: Verbändetisch)		
	Strategiedialog ökologisch nachhaltige Wirtschaft		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Strategiedialog ökologisch nachhaltige Wirtschaft (BUND); Automobil-Strategiedialog ist sehr eng gefasst; à Diskussion über Begriff „ökologisch nachhaltig“ und Subsumierung unter WIN • „ökologisch nachhaltig“ gibt es nicht. Ökologie ist Teil der Nachhaltigkeit. Ökologie – Ökonomie - Soziales 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

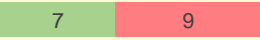


IS_N28	(Quelle: Verbändetisch)		
	Förderprogramm Flexibilisierung Energieverbrauch		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramm Flexibilisierung Energieverbrauch (BUND); Um durch Lastregelung Netzspitzen zu kappen. Angebot EE entgegenkommen. • Papiermaschinen laufen 365 Tage/Jahr durch. Die Papierindustrie ist auf eine entsprechende, sichere, Energieversorgung angewiesen. 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

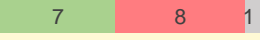

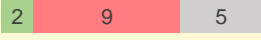
IS_N29	(Quelle: Verbändetisch)		
	Neuer Indikator: Treibhausgasproduktivität		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Neuer Indikator: Treibhausgasproduktivität (BUND); Als Ergänzung zu z.B. Energieproduktivität 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N30	(Quelle: Verbändetisch)		
	Förderprogramm Einbindung in Wärme- und Kältenetze		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Förderprogramm Einbindung in Wärme- und Kältenetze (BUND); Siehe Vorschläge PEE, hier als Förderprogramm vorgeschlagen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N31	(Quelle: Verbändetisch)		
	Zügige Durchsetzung EU-NOX-Grenzwerte (Personal)		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Zügige Durchsetzung EU-NOx-Grundwerte (Personal); Schnell in nationales Recht überführen, dafür braucht es Personal 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N32	(Quelle: Verbändetisch)		
	Gesetzliche Verankerung kommunaler Einwegabgaben		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> Gesetzliche Verankerung kommunaler Einwegabgaben; Rechtsunsicherheit bei Kommunen, daher rechtlich geschützten Rahmen entwickeln 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N33	(Quelle: Verbändetisch)		
	Bundesebene: Exportverbot Reststoffe		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Bundesebene: Exportverbot für Reststoffe; Bspw. Kunststoffe – Reststoffe werden als Rohstoffe deklariert und werden letztlich weder stofflich noch energetisch verwertet; • Viele Reststoffe gehen in globalen Süden; • -> Diskussion: Globale Wirtschaft mit freiem Handel – in China gibt es bspw. Metallschmelzen • Abfälle über Baselkonvention UN-weit geregelt 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N34	(Quelle: Verbändetisch)		
	Verbindliche Deponiegasnutzung		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche Deponiegasnutzung; Untersuchungen der LUBW zeigen, dass Gase ziemlich wertvoll sind. Sollten energetisch genutzt werden. 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N35	(Quelle: Verbändetisch)		
	Verbindliche Stoff- und Abwärmenutzung Kläranlagen		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche stoffliche und energetische Nutzung Kläranlagen – Vorgaben für Kommunen insb. bei Neuplanungen; • Klärschlamm verbrennen und Gase nutzen -> verbindlich machen 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N36	(Quelle: Verbändetisch)		
	Bau: Förderprogramm Umbau vor Abriss		
	Bewertung durch Teilnehmende		
<i>Kommentare vor Ort</i>			
<ul style="list-style-type: none"> • Förderprogramm Umbau vor Abriss; Im Detail muss geprüft werden, wann sich Sanierung lohnt (Lebenszyklusanalyse) • Wenn Substanz es rechtfertigt 			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (n=16)</i>			
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>	<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>	<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>	
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>

IS_N37	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	CO2-Steuer auf alles: 180€ pro Tonne CO2-Äquivalente (regionale Produkte haben finanziellen Vorteil; Billigfleisch wird deutlich teurer, aber ‚gutes‘ Fleisch nur unmerklich -> ab sofort landesintern; Land setzt sich dafür beim Bund ein (visionär)
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N38	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	40% Plastik recyceln ab jetzt, anschließend jedes Jahr 3% mehr (konkrete Zahlen)
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N39	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Verbot von Tiefgaragen aus Beton und Zement (Alternative: Hochgaragen aus Holz; Änderung der Stellplatzverordnung auf 0 Parkplätze pro Wohneinheit; Parkplätze außerhalb der Neubaugebiete)
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N40	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Vorbildfunktion des Landes: PV- Verpflichtung für Universitäten, (Hoch-) Schulen und öffentlichen Gebäuden. 2030 müssen 100% abgedeckt sein.
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N41	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Ab sofort: regenerative Strom- und Wärmeerzeugung in allen Neubauten (PV, Wärmepumpen, Kraft-Wärmekopplung)
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N42	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	LUBW muss Energiepotentiale Sektorübergreifend erfassen
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N43	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Warmes Wasser darf nicht mehr ins Grundwasser -> Lösung z.B. Verdunstungskühlung für Industrie
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

IS_N44	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Landesbausatzung: Keine Steingärten mehr
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

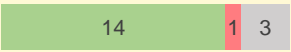
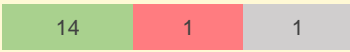


IS_N45	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	CO2-Steuer auf alles: 180€/t CO2-Äquivalente (regionale Produkte haben finanziellen Vorteil, Billigfleisch wird deutlich teurer aber „gutes“ Fleisch nur unmerklich) -> ab sofort landesintern & Land setzt sich dafür beim Bund ein
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	



IS_N46	(Quelle: Jugendbeteiligung)
	Land setzt sich für sofortigen Stopp der Subventionen für fossile Brennstoffe ein
	Bewertung durch Teilnehmende
<i>Kommentare vor Ort</i>	

II. Bestehende Maßnahmenvorschläge

1. HANDLUNGSFELD: ENERGIEEFFIZIENZ IN INDUSTRIE UND UNTERNEHMEN

M123	Information/Qualifizierung für Unternehmen
<p>Gute Informationen sind die notwendige Grundlage für zielführende Aktivitäten. Das Land wird sich auf Abnehmer- und Anbieterseite für entsprechende Angebote einsetzen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Zielgruppenspezifische Informations- und Qualifizierungsangebote <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 89 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 11				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	1	0	10
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	9	Unbedingt!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M123_001	Fortführung des aktuellen KEFF-Angebotes über einen langen, verlässlichen Zeitraum. Die aktuelle Kurzfristigkeit der Förderung, mit jeweiliger Verlängerung führt u.a. zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen und dadurch hohe Fluktuation der Ansprechpartner. Des Weiteren sollte der Ansprechpartner in der Region einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen dürfen. 5 Ansprechpartner für einen Firmeninhaber für Themen wie: Energie-Effizienz, PV, E-Mobilität, Abwärme(-Netz), ... führt zu Frust (in der Folge -- > Keine Umsetzung von Maßnahmen) Dieser Bereich ist mit dem Firmenkundenberater einer Bank zu vergleichen. Man kennt die Firma und der Inhaber muss seine Anforderungen und Bedürfnisse nicht zig-mal jemanden erzählen (Zeiteffizienz führt eher zur Umsetzung von Maßnahmen)	n. a.	OB
M123_002	Fokus auf kostengünstige oder kostenlose Qualifizierungsangebote	n. a.	OB
M123_003	Unternehmen sollten über Gemeinwohlökonomie informiert werden.	n. a.	OB
M123_004	Kommunale Vernetzung/ Austausch anstreben	n. a.	OB
M123_005	Insbesondere sollte über eine echte Kreislaufwirtschaft informiert werden und Konzepte wie "Cradle to Cradle" angestrebt werden. Darüber hinaus muss eine Verpflichtung zu langlebigen, reparaturfreundlichen Produkten entstehen (z.B. durch eine Verlängerung der Gewährleistungszeiten von 2 auf 10 Jahre), damit grundsätzlich eine auf Nachhaltigkeit fokussierte Produktentwicklung forciert wird.	n. a.	OB
M123_006	Seit 2016 fördert das Land eine Informationsoffensive für Energieeffizienz in Unternehmen, die regional verankert ist, die sog. regionalen Kompetenzstellen Energieeffizienz (KEFF). Die Maßnahmen und Aktivitäten sind einsehbar unter keff-bw.de. Leider findet sich zu diesem Erfolgreichen Projekt nichts in der Fortschreibung des IEKK.	n. a.	OB
M123_007	konkreter?! Zielgruppen, Angebote nennen!	n. a.	OB
M123_008	Hier wäre es aus unserer Sicht zielführend, das Stichwort „Netzwerke Energieeffizienz“ zu platzieren. Auch wenn das Ziel der Bundesregierung von 500 Netzwerken bisher nicht erreicht ist, ist der positive Effekt bzgl. Energieeffizienzsteigerung und Reduzierung der THG-Emissionen unbestritten. Ggf. kann das Land hier ein Zeichen setzen und dem Thema nochmals „einen Schub geben“	n. a.	OB

M123_009	"Netzwerke Energieeffizienz" voranbringen und damit Zeichen an den Bund senden	4	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M123_010	Hier gibt es bereits (fast) zu viele Angebote und genügend Möglichkeiten sich zu informieren. Keine weiteren Angebote notwendig! Das Geld lieber für konkrete Maßnahmen einsetzen!	n. a.	OB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M123_011	Transparenz der Unternehmen verlangen. Jeder Bürger sollte überprüfen können woher etwas stammt und wie umweltfreundlich es ist	n. a.	OB

M124	Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen		
	<p>Die Förderlandschaft in Baden-Württemberg zur Verbesserung der Energieeffizienz soll unter Berücksichtigung der Angebote des Bundes optimiert und verbessert werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratungsförderung im Förderprogramm Klimaschutz-Plus • Fortsetzung Landesförderprogramm InEECo (Initiative Energiespar- und Energieliefer-Contracting in öffentlichen Gebäuden) • Ressourceneffizienzfinanzierung der L-Bank <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 89 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 24				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände-beteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	11	1	1	11
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	21	Empfehlenswert, ok, Ja, sind gute Förderprogramme!		
<i>Konkrete Ablehnung der</i>	0			

Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändebeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M124_001	In der vorgeschlagenen „Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen“ sieht der DeSH ebenfalls noch ein bisher nicht ausgeschöpftes Potenzial. Insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) besteht angesichts der Vielfältigkeit der Förderprogramme und Institutionen weiterer Informations- und Unterstützungsbedarf. Aus Sicht der Säge- und Holzindustrie wäre im Rahmen dieser Maßnahme die Einrichtung einer zentralen Beratungs- und Koordinierungsstelle für KMU ein wichtiges Element zur Förderung der Energieeffizienz.	n. a.	OB
M124_002	Empfehlenswert. Allerdings ist hier Augenmaß erforderlich, damit sich Unternehmen bei einem Maßnahmenpaket nicht finanziell überfordert sehen.	n. a.	OB
M124_003	Ja, sind gute Förderprogramme!	n. a.	OB
M124_004	Eine Motivationsmaßnahme muss die Besteuerung von CO ² sein. Hier sollte sich der Preis bei 180€/t CO ² orientieren.	n. a.	OB
M124_005	Eine Motivationsmaßnahme muss die Besteuerung von CO ² sein. Hier sollte sich der Preis bei 180€/t CO ² orientieren. Generell: In den meisten Betrieben laufen viele Geräte dauerhaft im Standby. Viele Räumlichkeiten sind Tag und Nacht beleuchtet. Unternehmen müssen sicherstellen, dass die Geräte außerhalb der Nutzungsdauer komplett ausgeschaltet sind und nachts nur eine Notbeleuchtung stattfindet. Meist ist die Beleuchtung nur da, um schick	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	auszusehen und auf sich aufmerksam zu machen.		
M124_006	Ergänzend hierzu: Landesinitiative für die Verbesserung der Abschreibungen für energetische Modernisierungsmaßnahmen als Anreiz für Unternehmen EE in Industrie Einheitliche Vorgaben für Abschreibungen: z.B. werden bei eigengenutzten BHKWs diese von manchen Finanzämtern als fest mit dem Gebäude verbunden bewertet und 50 Jahre für die Abschreibung angesetzt Industrie Landesinitiative beim Bund für die Reduzierung der 100% EEG-Umlage für Contracting- und Mieterstrommodelle auf Basis des aktuellen Urteils zum Beihilferecht des EuGH Das Land sollte sich beim Bund dafür einsetzen, dass Umsetzungspflichten für die in Energieaudits identifizierten Maßnahmen eingeführt werden.	n. a.	OB
M124_007	Sammelstelle für Mitarbeiter, die einen Shuttle nutzen möchten. Firmen sollen wieder Shuttle Busse einsetzen im ländlichen Bereich.	0	BB
M124_008	Förderprogramme durchforsten/zusammenlegen	4	BB
M124_009	Anreiz auch für Großbanken die L-Bank-Förderungen zu beziehen	1	BB
M124_010	Sichtbarkeit sicherstellen, dass + welche Fördermaßnahmen es gibt und welche Unternehmen teilnehmen + Vorbildcharakter haben	0	BB
M124_011	Schwerpunkte festlegen - zentraler Ansprechpartnern	9	BB
M124_012	Alle Verbände + Branchen auf Standards vereinbaren Standards	2	BB
M124_013	"Bürgerverträgliche" Forderung sicherstellen! -> "reiche" Unternehmen nicht unnötig mit Steuergeldern fördern, sondern andere Anreize schaffen -> Transparenz sicherstellen => fördert Akzeptanz	2	BB
M124_014	- fachlich gut ausgebildet - klare Kompetenzzuweisung - keine Überschneidung	1	BB
M124_015	Weniger ist mehr! Beratungslandschaft übersichtlich strukturieren!	2	BB
M124_016	- neben finanzieller Förderung auch Beratung anbieten - klare Regeln/Grenzen aufstellen, welche kontrolliert werden,	1	BB
M124_017	Bonus/Malus-System für energieeffizientes Handeln	4	BB
M124_018	Einrichtung eher Beratungsstelle, insbesondere für KMU	1	VB
M124_019	Förderungsprogramme müssen 2020 aufgesetzt sein	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine wertende Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M124_020	InEECo sehe ich sehr eingeschränkt im Unternehmensbereich: 1. Risiko der Absicherung, was passiert, wenn die Firma in Jahren nicht mehr da ist? 2.	n. a.	OB

	Eigentum vor Fremdanbieter mit Gewinn und Risikoaufschlag (Mentalität vor allem im Mittelstand)		
M124_021	Klimaschutzprogramme sollten nicht darauf beruhen, neue Software/ Hardware oder andere Produkte, die wieder Ressourcen verschwenden und Energie verbrauchen, anzuschaffen. Grundlage sollte die Reduktion sein. Nicht: wieder mehr konsumieren, um vermeintlich einzusparen	n. a.	OB
M124_022	Solarnutzung der Gebäudedächer für Wärme oder Stromerzeugung muss gesetzlich vorgeschrieben werden	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M125	Einführung von Energiemanagement in Unternehmen		
	<p>Unternehmen sollen Anreize erhalten, um Energiemanagementsysteme einzuführen und aktiv zu betreiben. Gegebenenfalls wird sich das Land auf Bundesebene für eine verpflichtende Einführung einsetzen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Informations- und Motivationsmaßnahmen • Landesförderung für Beratung und Hardware (in Ergänzung zur Bundesförderung) • Perspektivisch: Prüfung einer Initiative auf Bundesebene zur verpflichtenden Einführung von Energiemanagement in Unternehmen. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 89 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 40				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbände-beteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	15	2	2	21
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	34	Uneingeschränkt ja		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändebeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M125_001	Eine Motivationsmaßnahme muss die Besteuerung von CO ² sein. Hier sollte sich der Preis bei 180€/t CO ² orientieren. (Duplikate: 11)	n. a.	OB
M125_002	Für Energieverschwendungen sollen Unternehmen zahlen oder wenn die Energie nicht aus ökologischen Ressourcen stammt.	n. a.	OB
M125_003	Energieeffizienz sorgt immer auch für Geldeinsparungen. Das sollte den Unternehmen Motivation genug sein. Dies sollte entsprechend beworben werden, aber sonst keine Vergünstigungen mit sich bringen. Hier sollte unbedingt die gesetzliche Einführung mit Bußgeldern her.	n. a.	OB
M125_004	Naheliegen und möglicherweise Verpflichtung	n. a.	OB
M125_005	Uneingeschränkt ja.	n. a.	OB
M125_006	auch KMU sollten ein verpflichtendes Audit durchführen müssen	n. a.	OB
M125_007	Energiemanagement sollte nicht darin bestehen, zusätzliche Soft/ Hardware, die zusätzlich eingekauft und produziert werden muss und Energie benötigt, anzuschaffen und einzubauen. Organisatorische, räumliche, reduzierende Maßnahmen sollten bevorzugt werden.	n. a.	OB
M125_008	Energieberichte müssen wie Steuerberichte jährlich verpflichtend abgegeben werden	n. a.	OB
M125_009	Es reicht nicht, nur die Energie zu betrachten. Der BUND empfiehlt, statt auf Energiemanagement auf Dekarbonisierungsmanagement zu setzen und das Themenfeld ganzheitlich zu betrachten. Ein verpflichtendes Dekarbonisierungsmanagement ist zu begrüßen.	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M125_010	Sollte Online Unterlagen geben Webinare	1	BB
M125_011	Einfach, mit vorhandenen Daten kostenneutral	4	BB
M125_012	"Energiemanagement ist für jeden Betrieb - unabhängig von der Größe - sinnvoll. Energieeinsparung = Gewinn. Sind Betriebe finanziell nicht stark genug dies selbstständig umzusetzen -> Förderung ähnlich KfW-Darlehen"	0	BB
M125_013	"Unterstützung durch Energieberater: - unabhängig - fachlich gut ausgebildet - extern (nicht jeder Betrieb benötigt eine eigene Fachkraft -> Betriebsgröße!)"	0	BB
M125_014	- Motivation durch KVP System in der Firma mit Belohnung durch Prämien gerechnet anhand der Energieeinsparung - Vorträge von Beratern einfach verständlich bei Betriebsversammlungen: Initialzündung!	1	BB
M125_015	Spaß an Energiemanagement vermitteln, Hilfestellung leisten, dass auch der "kleinste" Mitarbeiter aus Überzeugung mitziehen kann -> Wettbewerb unter Unternehmen/innerhalb Unternehmen	2	BB
M125_016	"Energiemanagement" ganzheitlich betrachten, sprich nicht nur direkt Wärme- und Stromeinsparungen berücksichtigen, sondern auch indirekte wie beispielsweise Recyclingpapier nutzen, Pendelstrecken und Mitarbeiter ökologisch gestalten, Dienstreisen reduzieren, vor allem Flüge etc. Stichwort: CRS	1	BB
M125_017	"Abwärme" in Betrieben und Geschäften als Wärmequelle für Warmwasser bzw. speichern im Erdreich für die kühle Jahreszeit als Wärmequelle für die Heizung. -> vergleiche Hausheizung und -kühlung = Klimatisierung	0	BB
M125_018	Unbedingt Einführungspflicht, (wie bei der DSGVO) für alle Unternehmensgrößen in einem wirtschaftlich machbaren Rahmen	0	BB
M125_019	"Energiehandel" analog zum Emissionshandel (Zertifikate kaufen bei Werten über Obergrenze	0	BB
M125_020	Software meldet Daten direkt aus Umweltministerium -> Zielüberwachung -> Ahndung Verstöße	0	BB
M125_021	- von Anfang an Pflicht - Finanzierung hauptsächlich durch Landesmittel - klare Vorgabe für Minderungsziele	1	BB
M125_022	Regelmäßige Messungen von CO2 Werten in Unternehmen. Bei Erfüllung der Richtlinien CO2 Zertifikate ausstellen!	1	BB
M125_023	- Verpflichtende Beratungen, die regelmäßig in allen Betrieben durchgeführt werden (Kostenfrei!) - Finanzielle Erleichterungen (Steuern) bis der Prozess zielführend abgeschlossen ist. (Kleinere Betriebe!)	4	BB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	- Eventuell ein Stufenprogramm, um eine nachhaltige Maßnahme zu schaffen. - Gütesiegel für die Fertigprodukte - Zusammenarbeit mit regionalen Energieanbietern		
M125_024	Kombination mit Energiecredits (Verpflichtung)	4	VB
M125_025	Definitiv auf Bundesebene für verpflichtende Einführung einsetzen!	0	JB
M125_026	Parallel dazu (ab 2020) Landesförderung für Beratung und Hardware	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M125_027	Nein, ist eine hohe Kostenbelastung, gerade auch für kleinere Unternehmen. Auch hier gibt es bereits genügend Angebote!	n. a.	OB
M125_028	Die angedachte verpflichtende Einführung von Energiemanagementsystemen für Unternehmen lehnen wir allerdings ab, da dieses Instrument eben nicht für jedes Unternehmen Sinn hat. Die Entscheidung, inwieweit dies der Fall ist, sollte den jeweiligen Unternehmen selbst überlassen werden. Im Übrigen existieren hierzu bereits einige verpflichtende Regelungen im Umwelt- und Energierecht. Weiterer (ordnungsrechtlicher) Regelungen hierzu bedarf es nicht.	n. a.	OB
Keine wertende Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M125_029	Software muss sicher sein, Daten müssen sicher sein	0	BB
M125_030	Welcher Nutzen entsteht? Große + energieintensive haben es bereits	1	VB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M125_031	Alle großen Verbraucher und energieintensiven Unternehmen sind für entsprechende Rückerstattungen sowieso über Gesetze und Verordnungen dazu verpflichtet bzw. für Steuer-Rückerstattungen dazu verpflichtet. Folge --> wäre nur noch für Teile der KMU's relevant Und hier sollte nicht noch eine weitere Bürokratisierung erfolgen. Vorschlag Herangehensweise: Sensibilisierung z.B. über KEFF, Förderung der Beratung und Freiwilligkeit. --> deutlich höhere Akzeptanz, höhere Umsetzung und daraus resultierend "positiver" Multiplikator für weitere Unternehmen.	n. a.	OB

M126	Verbesserung des Vollzugs hinsichtlich Energieeffizienz bei relevanten Verordnungen und Gesetzen
<p>Der Vollzug von energieeffizienz-relevanten Verordnungen und Gesetzen, wie z. B. die Kosten-Nutzen-Verordnung (KNV-V), die Energieeinsparverordnung (EnEV), das Energiedienstleistungsgesetz (EDLG), das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und das Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) soll verbessert werden. Für den Vollzug sind die Länder zuständig.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterbildungsmaßnahmen für das Vollzugspersonal • Schwerpunktaktionen der Vollzugsbehörden • Ggf. Personalaufbau • Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG): Konkretisierung des § 5 Abs 1 Nr. 4 für ausgewählten Sektor • Marktüberwachung Ökodesign-Richtlinie <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 90 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 7				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	7
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	5	sehr wichtig		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>		<i>Verbändebeteiligung</i> (n=16)	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/

Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	/

B **Kommentarinhalt**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M126_001	Jährliche Überprüfung	n. a.	OB
M126_002	Ergänzung: Einführung der Pflicht zur Installation von Wärmemengenzählern bei jedem Kesseltausch. Gekoppelt mit E-Controlling kann das zu deutlich einfacheren Effizienznachweisen führen.	n. a.	OB
M126_003	Weiterbildungsmaßnahmen sind ein gutes Instrument. Welche Befugnisse haben solche Vollzugsbehörden? Hier ist Augenmaß geboten. Wo soll Personal aufgebaut werden - in den Betrieben oder bei den Vollzugsbehörden?	n. a.	OB
M126_004	Personal muss über eine landeseigene Energie und Umweltbehörde geregelt werden, Förderung und Sanktionen erfolgen über diese.	n. a.	OB
M126_005	Hinsichtlich des § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG wird vorgeschlagen, die hiermit im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung verbundenen Anforderungen an die Energieeffizienz zu konkretisieren (S. 90). Konsequenterweise wären dann vor dem Hintergrund dieser bundesrechtlichen Verordnung alle immissionsschutzrechtlich genehmigten Anlagen vom Geltungsbereich des Klimaschutzgesetzes BW auszunehmen, da Bundesrecht vor Landesrecht geht. Eine Doppelregelung der Energieeffizienz lehnen wir ab.	n. a.	OB

Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M126_006	Eine besondere Hervorhebung der Energieeffizienz bei der Zulassung von Anlagen nach BImSchG ist abzulehnen, da Vorhaben und Anlagen in vorlaufenden Verfahren bereits einen Abwägungsprozess durchlaufen haben und somit nicht zwingend die energieeffizienteste Lösung die insgesamt geeignetste Lösung darstellen muss. Unternehmen sind auch ohne zwingende Vorgaben darauf bedacht, in Abwägung aller Belange geeignete Lösungen zu suchen, einen Teil nimmt davon auch die Energieeffizienz ein.	n. a.	OB

Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M126_007	Die Maßnahmen und der Vollzug von Maßnahmen müssen stärker auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Fördert z.B. die EnEV durch ihre Vorgaben die Verwendung von synthetischen Dämmstoffen, obwohl alternative Dämmstoffe evtl. sinnvoller wären?	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle

M127	Entwicklung eines Landeskonzpts Abwärmenutzung
<p>Ungenutzte Wärmequellen aus industrieller Abwärme sollen erschlossen werden. Durch das Landeskonzzept soll Abwärme zu einem relevanten Energieträger entwickelt und deren firmenintern und firmenübergreifende Nutzung sowie deren Einspeisung in Wärmenetze ausgebaut werden. In der Studie Klimaschutzziele 2030 (ZSW et al. 20017) wird davon ausgegangen, dass ein zusätzliches Abwärmepotenzial von 0,3 TWh in 2030 bzw. 1 TWh in 2050 der Fernwärme zur Verfügung steht und angeschlossen werden kann.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der im Landeskonzzept empfohlenen Maßnahmen <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 90 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 30				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	13	5	3	9
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	28	Gute Idee, ok		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändebeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	3

B Kommentarinhalt			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M127_001	Information / Sensibilisierung über KEFF / NW Wärmenetze nicht noch einmal ein weiteres Netzwerk mit nochmals weiteren Ansprechpartnern SONST: Die Netzwerke beschäftigen sich selber und die möglichen Beratungsempfänger stehen wieder allein mit dem Thema im Regen. Veröffentlichung von guten Beispielen aus BW - Unternehmen zeigen, das es geht!	n. a.	OB
M127_002	- Die Entwicklung von Zukunftskonzept und Fahrplan das bis 2035 gilt, mit Aufmerksamkeit darauf, bis 2035 CO ² -neutral zu sein. -Die Überprüfungen müssen regelmäßig alle 1-2 Jahre stattfinden.	n. a.	OB
M127_003	Wer hat diesen Text verfasst? Es heißt 'Terawattstunden' - natürlich haben diese auch was mit unserer geschundenen Erde (Terra) zu tun... Ja, ein schlüssiges Konzept und Maßnahme der Abwärmenutzung sind höchst wünschenswert. Allerdings: Hier darf es keine überzogenen Forderungen geben.	n. a.	OB
M127_004	noch wichtiger als das Konzept ist letztlich die Umsetzung der Maßnahmen	n. a.	OB
M127_005	Abwärme muss ab einem Aufkommen X zwingend genutzt	n. a.	OB
M127_006	Unterstützung, auch in Verbindung mit Nahwärmenetzen oder ggf. Wärmespeicherung für eigene Industrieprozesse	n. a.	OB
M127_007	Ich glaub ein Landeskonzept ist nicht zielführend. Aber die Förderung einzelner Projekte, da teilweise sehr unterschiedlich.	n. a.	OB
M127_008	Es wird nicht klar, wie die Maßnahme in die Maßnahme kommunale Wärmeplanung eingebunden ist. Hier besteht großes Synergiepotential. Unbedingt muss	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	neben der Wärme auch die Kälte mit betrachtet werden.		
M127_009	Die hier vorgesehene Maßnahme zur Entwicklung eines Landeskonzepts Abwärmenutzung sehen wir als EnBW positiv. Allerdings ist hierzu aus unserer Sicht anzumerken, dass die ermittelten Beträge in Summe relativ gering sind, bezogen auf alle Wärmeversorger in Baden-Württemberg - es kann sich demnach höchstens um einstellige Beiträge in Wärmenetzen handeln. Unklar sind auch die Einspeise- / Vergütungsregeln.	n. a.	OB
M127_010	Infrastruktur ausbauen	6	BB
M127_011	Produzierende Betriebe erzeugen Wärme, diese besser nutzen. Aufklärung, Vorschläge an bestimmte Branchen versenden, werben.	0	BB
M127_012	Einspeisegesetz/Vergütung	3	BB
M127_013	Abwärme in Privathäusern	0	BB
M127_014	Öffentliche Gebäude berücksichtigen!	0	BB
M127_015	Bei Neubauten darauf achten, dass ein hoher Nutzungsgrad durch Wärmerückgewinnung (Wärmepumpentechnologie) im Konzept eingeplant wird. Gewerbesteuer z.B. nach Nutzungsgrad staffeln.	0	BB
M127_016	Mit kleinen Schritten starten: -> Abwärme zum Heizen der eigenen Bürogebäude etc. nutzen.	0	BB
M127_017	- Es sollte sichergestellt werden, dass die Primärenergiegewinnung nicht auf Kohle basiert. - Kritisch ist die ""Soll""-Regelung. Wichtig ist auch hier, dass diese Ziele vor 2030 erreicht werden. -> Verpflichtung - Die Gemeinden sollten sich hier beteiligen und eventuell für öffentliche Einrichtungen (Schwimmbäder, Schulen, Rathäuser etc.) die Fernwärme, die aus den Abwärmeprozessen gewonnen werden, nutzen. Kostenrückerstattung über eventuell Gewerbesteuer	1	BB
M127_018	Gewerbesteuer nach Energieeffizienz staffeln	3	BB
M127_019	Bei Planung von Gewerbegebieten + Industriekomplexen + Wohngebieten auf Synergieeffekten achten. Hohe Abwärme -> Nachbarbetrieb kann diese nutzen für Niedertemperaturbedarf (Heizung, Warmwasser, ...)	7	BB
M127_020	Dämmung	0	BB
M127_021	Externe Nutzung der Abwärme fördern und nicht nur in den Unternehmen	3	VB
M127_022	Förderung für die Erstellung/Anbindung an das Fernwärmenetz	8	VB
M127_023	Unterstützung für die Absicherung beim Ausfall	1	VB
M127_024	Studie des UM zeigt: 80% der potentiellen Abwärme bei mindestens 20% der Betriebe	1	VB
M127_025	Prinzip Freiwilligkeit vor Verpflichtung	1	VB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M127_026	Keine Zementwerke ohne Abwärmekonzept/Verwertung	0	JB
M127_027	Keine neuen Industriegebiete ohne Abwärmeverwertung	0	JB
M127_028	Förderung bei Zurüstung	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M127_029	Den ganzen Tag über Wärme + zusätzliche Wärmequelle? -> Speichern? Mit Wärme nur direktes Umfeld versorgen oder auch weitere Strecken transportieren? -> Verluste	0	BB
M127_030	Zielgruppe?	0	BB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M128	Klimaschutzvereinbarungen mit Unternehmen: Umsetzung der Weiterentwicklung im Klimaschutzgesetz BW
<p>Um die Verankerung von Klimaschutz und Energieeffizienz in den Unternehmenszielen zu erzielen, sollen für einzelne Unternehmen Klimaschutzziele und Minderungsbeiträge vereinbart werden. Die Unternehmen vereinbaren Minderungsziele für 9 Jahre und überprüfen diese alle 3 Jahre.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Vereinbarungen zur Treibhausgasreduktion mit Unternehmen im Land • Entwicklung von Zukunftskonzept und Fahrplan 2030/2050 je Unternehmen <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 91 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 28				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	1	3	24
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

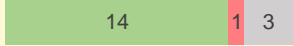

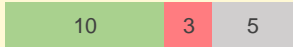
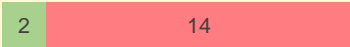
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	25	Super! Gute Idee.	
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändebeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	0

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M128_001	Die Entwicklung von Zukunftskonzept und Fahrplan das bis 2035 gilt, mit Aufmerksamkeit darauf, bis 2035 CO ² -neutral zu sein. Die Überprüfungen müssen regelmäßig alle 1-2 Jahre stattfinden. (11 Duplikate)	n. a.	OB
M128_002	Eine Motivationsmaßnahme muss die Besteuerung von CO ² sein. Hier sollte sich der Preis bei 180€/t CO ² orientieren.	n. a.	OB
M128_003	Keine Förderung mehr für Firmen mit zukunftsunrelevanter Technik oder umweltzerstörende Technik (Autos mit Verbrennungsmotor, Flugzeuge usw.).	n. a.	OB
M128_004	Jährliche Überprüfung	n. a.	OB
M128_005	Begrüßenswert - aber überzeugend nur, wenn die öffentliche Hand hier mit gutem Beispiel vorangeht.	n. a.	OB
M128_006	Gemeinwohlökonomie sollte die Wirtschaftsform aller Unternehmen sein.	n. a.	OB
M128_007	Übergangsregelungen festlegen, Zeitpläne kürzer takten.	n. a.	OB

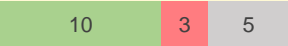
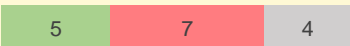
Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M128_008	Nicht nur unverbindliche Vereinbarungen, sondern echte Verpflichtungen zur Kreislaufwirtschaft, CO2 freier Produktion, etc.	n. a.	OB
M128_009	Wie sind einzelne Unternehmen zu definieren? Kann nur als freiwillige Maßnahme angesehen werden!	n. a.	OB
M128_010	Hsh. 2013 nicht abschwächen. "Unternehmen in öffentliche Hand"	1	VB
M128_011	Allgemeine Verpflichtungen für alle Unternehmen	0	JB
M128_012	Nettonull spätestens 2030	0	JB
M128_013	Vereinbarungen sind sehr lobbyismusanfällig	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M128_014	Bitte keine Doppelstrukturen, es gibt schon die 500 Netzwerke des Bundes mit entsprechenden Datenerhebungen. Die Unternehmen dafür zu gewinnen ist schon sehr schwierig, und dann bitte nicht die 5te Sau durchs Dorf treiben. Und nur eine Erklärung (Papierverbrauch - aber noch keine Umsetzung)	n. a.	OB
M128_015	Hierbei handelt es sich um zusätzliche administrative Belastungen der Unternehmen. Zudem werden Unternehmen, die sich dem Regime nicht unterwerfen als Klimasünder an den Pranger gestellt.	n. a.	OB
M128_016	Die Industrieunternehmen sind bereits im EU-Emissionshandel und mindern darüber aktiv ihre Treibhausgasemissionen. Es erschließt sich nicht, weshalb parallel dazu Vereinbarungen zur Treibhausgasreduktion zwischen dem Bundesland BW und Unternehmen geschlossen werden sollen – dies wäre eine Doppelregulierung. Zudem entwickelt die Bundesregierung im Laufe des Jahres ein Klimaschutzgesetz, das Emissionsziele für die Jahre 2030 und 2050 vorsehen. Noch mehr Ziele (in diesem Fall regionale) einzuführen, führen nicht zu mehr Emissionsminderungen, sondern nur zu mehr Verwaltungsaufwand.	n. a.	OB
M128_017	Die Industrieunternehmen sind bereits im EU-Emissionshandel und mindern darüber aktiv ihre Treibhausgasemissionen. Es erschließt sich nicht, weshalb parallel dazu Vereinbarungen zur Treibhausgasreduktion zwischen dem Bundesland Baden-Württemberg und Unternehmen geschlossen werden sollen – dies wäre eine Doppelregulierung. Zudem entwickelt die Bundesregierung im Laufe des Jahres ein Klimaschutzgesetz, das Emissionsziele für die Jahre 2030 und 2050 vorsieht. Noch mehr Ziele (in diesem Fall regionale) einzuführen, führt nicht zu mehr Emissionsminderungen, sondern nur zu mehr Verwaltungsaufwand.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M129	"Fit für die Zukunft"
<p>Die Transformation hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft verlangt von vielen Branchen einen grundlegenden Wandel.</p> <p>Diese Maßnahme soll Unternehmen dabei unterstützen, den strukturellen Wandel besser in ihren langfristigen Strategien zu berücksichtigen, u.a. indem eine bessere Entscheidungsgrundlage geschaffen wird.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Studien zur Untersuchung des Strukturwandels hin zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft in einzelnen Branchen, einschließlich Entwicklung von Vorschlägen, die eine nachhaltige Transformation in den Branchen voranbringen. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.1. S. 91 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 23				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	11	0	12
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	21	Gute Idee., Fakten, Daten und Studien sind wichtig		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>		<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M129_001	Die Studien sollten klar auf ein Klimaneutralitätsziel bis 2035 ausgerichtet sein, um mit dem Pariser Klimaschutzabkommen konform zu sein. Alle Vorschläge müssen auf dieses Ziel abgeklopft werden.	n. a.	OB
M129_002	Intensive Förderung von Unternehmen, die handeln und mitmachen. Schwächung und Nachteile für Unternehmen, die nicht handeln oder nicht einhalten.	n. a.	OB
M129_003	Studien sind unbedingt begrüßenswert - können aber auch ungestört in Schubladen 'schlummern'. Die Umsetzung der Ergebnisse ist der kritische Punkt!	n. a.	OB
M129_004	Förderung der Gemeinwohlökonomie in Unternehmen. Förderung der Transition-Town-Bewegung.	n. a.	OB
M129_005	Dringlichkeit deutlich darstellen, konsequente Umsetzung einfordern, mit Förderungen und Sanktionen	n. a.	OB
M129_006	Vor Allem in Verbindung mit einer Verpflichtung zur Kreislaufwirtschaft und Prinzipien wie "Cradle to Cradle". "Verbraucher" muss zum echten "Gebraucher" werden. Das nur kurzzeitige Gebrauchen aufgrund eines geplanten/geduldeten Verschleißes muss signifikant verbessert werden (siehe Vorwerk-Produkte). Dazu gehört z.B. auch dass Produkte nicht verklebt oder unlösbar verklebt, sondern reparaturfreundlich konstruiert werden. Hierzu müssen Konstruktionsprinzipien erarbeitet und zur Pflicht gemacht werden. Das Konzept "Cradle to Cradle" wäre auch ein gutes Betätigungsfeld für die Unis im Land (KIT, etc.), so dass die Wirtschaft in BW hier Vorreiter werden kann.	n. a.	OB
M129_007	CO2-Neutralität ist eine Illusion. Das IEKK lässt sämtliche Grundstoffindustrien außer Betracht, die Rohstoffe, Halbfertigwaren oder Produkte nach BW einführt. Es hat den Anschein, dass das Umweltministerium und die Landesregierung nur die Absicht haben, innerhalb des Landes die Emissionen zu reduzieren, und damit eine Deindustrialisierung vorzunehmen. Aus den Augen aus dem Sinn! Dies ist nicht im Sinne eines verantwortlichen Klimaschutzes, da im Ausland häufig mit größeren Emissionen und zusätzlichen Emissionen für den Transport produziert wird.	n. a.	OB
M129_008	Hierbei muss jedoch die Wettbewerbsfähigkeit bei der Umsetzung bzw.	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Transformation den Rahmen vorgeben!		
M129_009	Verbot bzw. Besteuerung von Plastikflaschen damit es für Discounter unattraktiv wird. Gleichzeitig Aufforderung der Lebensmittel Industrie die Vorverpackung von Obst und Gemüse abzuschaffen. Verbindliche Regelungen wie viel Verpackung in % ein Produkt haben darf in Relation zum Produktgewicht. Materialien dabei auf eine Blacklist setzen	n. a.	OB
M129_010	Know-how-Transfer ausbauen KEA -> EA, Lkv	5	VB
M129_011	Wettbewerbe + Auszeichnungen	1	VB
M129_012	CO2-Minderungsstrategien zertifizieren, standardisieren	4	VB
M129_013	Nach den Studien? Informationen für Unternehmen & Arbeitnehmer	0	VB
M129_014	Branchenanalyse bezüglich Auswirkungen (positiv + negativ) notwendig	4	VB
M129_015	Schaffung von Studien, die eine Vergleichbarkeit von Prozessen ermöglichen -> best practice	2	VB
M129_016	Roadmap notwendig	0	VB
M129_017	Wissen Bilanzierung aufbauen	1	VB
M129_018	TÜV für Unternehmen	1	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M129_019	Weniger Studien mehr Erfa-Krise -> KEFF"	3	VB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M129_020	alle Akteure der Gesellschaft	3	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

2. HANDLUNGSFELD: ERNEUERBARE ENERGIEN IN DER PROZESSWÄRME

M130	Biomasse und biogene Sekundärbrennstoffe für die Prozesswärme
<p>Aufgrund der häufig hohen Temperaturniveaus der Prozesswärme sind die Potenziale von Erneuerbaren Energien begrenzt. Ziel ist, den Anteil Erneuerbarer Energien in der Prozesswärme-Erzeugung auf hohem Temperaturniveau zu erhöhen. Biomasse und biogene Sekundärbrennstoffe bieten eine attraktive Möglichkeit, auch kurz- und mittelfristig die CO₂-Emissionen der Prozesswärme z. B. in der Zement- oder Papierindustrie zu senken. Gleichzeitig besteht bei der Nutzung vorhandener (regionaler und nachhaltig verfügbarer) Potenziale und Einsatzmöglichkeiten noch Forschungsbedarf.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Potenziale biogener Sekundärbrennstoffe (z.B. Altholz, Klärschlamm, Schwarzlauge) • Prüfung Biomasse für die Zufeuerung in Zementwerken • Prüfung eines gesteigerten Einsatzes von phosphorabgereichertem Klärschlamm in der Zementindustrie • in den Branchen voranbringen. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.2. S. 92 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 9				
	Bürgerbeteiligung	Verbändefeteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	1	0	8
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	9	Sehr gut, rasche Umsetzung einfordern		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändefeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)	

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M130_001	Der DeSH unterstützt es ausdrücklich, dass im Rahmen der Maßnahme „Biomasse und biogene Sekundärbrennstoffe für die Prozesswärme“ das Potenzial von Altholz für die Prozesswärme in dem Entwurf des IEKK verankert wurde. Das jährliche Altholzaufkommen von ca. 10 Mio. m3 wird derzeit nahezu zu 2/3 als Sekundärbrennstoff für die Erzeugung Erneuerbarer Energien genutzt. Die überwiegende Anzahl dieser Altholzkraftwerke wird dabei von Unternehmen aus der Holzindustrie zur Deckung ihres Wärme- und Strombedarfs in der industriellen Produktion genutzt. Aus Sicht des DeSH ist es daher unverständlich, diese Kraftwerke durch die Novelle des EEG 2017 von der Förderung auszuschließen und ihnen damit eine Anschlussperspektive zu verwehren. Über eine Potenzialanalyse hinaus sollten dringend Konzepte für den Erhalt und die Weiterentwicklung von ressourceneffizienten Altholzkraftwerken zur Erzeugung von Prozesswärme entwickelt werden.	n. a.	OB
M130_002	Vorrang muss aber trotzdem die Abfallvermeidung haben vor einem Recycling (Downcycling) oder Verbrennen von Abfällen.	n. a.	OB
M130_003	Die Nutzung von Sekundärbrennstoffen ist sinnvoll. Sie muss aber auch von der Politik und der Verwaltung entsprechend bei der Bevölkerung gutgeheißen und mit kommuniziert werden. Primärbiomasse als Brennstoff für energieintensive Branchen ist mangels Masse im Land nicht geeignet, um nennenswert Einsparungen zu erzielen. Des Weiteren ist der Import z.B. von Brennholz abzulehnen, da dies dann aus borealen Nadelwäldern oder Großrodungen stammen könnte mit den entsprechenden Folgen für das Klima. Auch hier gilt: Emissionen machen nicht an Landesgrenzen Halt.	n. a.	OB
M130_004	Eine Überprüfung wäre sicherlich hilfreich unter der Berücksichtigung der	n. a.	OB

	notwendigen Prozessabläufe!		
M130_005	Nur bei Nutzung der Abwärme	3	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M131	Erneuerbare Energien in der Niedertemperatur-Prozesswärme		
	<p>Ziel ist, den Anteil Erneuerbarer Energien in der Prozesswärme-Erzeugung auf niedrigem Temperaturniveau zu erhöhen. Für die Erzeugung von Prozesswärme unter 100°C oder zwischen 100°C und 200°C bieten Solarthermie und Wärmepumpen attraktive Möglichkeiten. Besonders die Branchen der Nahrungsmittelindustrie haben einen hohen Wärmebedarf auf niedrigem Temperaturniveau und sind prädestiniert für den Einsatz von Solar- und Umgebungswärme, nicht zuletzt aufgrund des relativ stetigen Bedarfs über das Jahr verteilt. Mit der Maßnahme sollen zielgerichtet besonders die Industriebranchen mit hohem Bedarf an Niedertemperaturwärme adressiert werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Gezielt Branchen der Nahrungsmittelindustrie adressieren: <ul style="list-style-type: none"> ○ Branchennetzwerke, IHKs, Austausch, etc. ○ Branchenkonzepte • Marketingkampagnen • Förderprogramm und Demo-Vorhaben • Forschungsprojekt/Pilotanlage Wärmepumpe für Prozesswärme in der Papierherstellung <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.2. S. 93 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A	In Zahlen			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 6</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	6
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	6	Ja. eine sinnvolle Maßnahme!	
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung		Zustimmung	Ablehnung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändefeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/





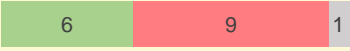

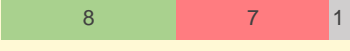
B	Kommentarinhalt		
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M131_001	Sehr empfehlenswert; allerdings: Lassen sich mit Wärmepumpen die erforderlichen Temperaturen effizient erzielen?	n. a.	OB
M131_002	In der Lebensmittelherstellung muss die Prozesswärme weitgehend über Solarthermie und Wärmepumpen erzeugt werden, Übergangszeiten festlegen, dann gesetzlich verordnen	n. a.	OB
M131_003	Hier kann man auch gut Prozesswärme und Prozesskälte miteinander kombinieren durch entsprechende Wärmepumpen-Systeme oder die Nutzung von Phasenwechselmaterialien zur Wärme-/Kältespeicherung forcieren. Ganzheitliche Betrachtung von Prozessen! Bitte die Handwerkskammern auch involvieren, da im Handwerk ebenso großes Potential für Wärme-/Kältenutzung besteht.	n. a.	OB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen			

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle

M132	Brennstoffwechsel von Kohle und Heizöl zu Erdgas oder Biomasse beschleunigen
<p>Kohle sowie Heizöl machen jeweils noch etwa 6 % am Brennstoffbedarf der Industrie aus. Ein nahezu vollständiger Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und Heizöl soll in der Industrie erzielt werden. Ein Wechsel auf Erdgas würde jährlich etwa 0,5 Millionen Tonnen CO₂- Emissionen einsparen. Wo keine Anbindung an Erdgasinfrastruktur vorhanden ist, sollte direkt auf Biomasse gewechselt werden. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieses Potenzials durch einen autonomen Trend hin zu Erdgas sowie durch Bundes- und EU Maßnahmen erschlossen wird.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Konkrete Landesinstrumente prüfen • Analyse der Potenziale und Möglichkeiten, Kohlekraftwerke mittel- und langfristig teilweise in Klärschlammkraftwerke umzurüsten. <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.2. S. 93 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen		
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 48</i>			
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändefeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	13	24	2
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>			
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>	
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	44	Sehr gute Idee.	
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0		
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändefeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	1	0	0

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M132_001	Möglichst schnell sollten dann die Möglichkeiten geschaffen werden, die Industrie mit Ökogas zu versorgen.	n. a.	OB
M132_002	Ja, Landesinstrumente sollten geprüft werden! Ist das Problem der Schadstoffe bei der Verbrennung von Klärschlamm gelöst und somit beherrschbar?	n. a.	OB
M132_003	Der Einsatz von Erdgas sollte nur im Notfall bzw. als Übergangslösung betrachtet werden - möglicherweise lässt sich Erdgas durch Biomethan teilweise ersetzen (Power to Gas, Biogas)	n. a.	OB
M132_004	Allerdings vorab die Prozesse gesamtheitlich auf (Ab)wärme-/Kältenutzung untersuchen und erst danach externe Energiezufuhr dimensionierten.	n. a.	OB
M132_005	Es muss den Betreibern obliegen, welcher Brennstoff eingesetzt wird. Biomasse ist nicht das Allheilmittel, da für Transport ebenfalls Emissionen entstehen, insbesondere wenn der Rohstoff in weiter Entfernung hergestellt wird. Des Weiteren können zusätzliche Emissionen, z.B. Feinstaub bei einer Gesamtumweltbilanz ins Gewicht fallen. Feuerungsanlagen sind i.d.R. nicht über kurze Zeiträume abzuschreiben, daher kann ein Brennstoffwechseln nur freiwillig und über viele Jahre oder Jahrzehnte hinweg erfolgen.	n. a.	OB
M132_006	Kohlekraftwerke kann man auch mit nachwachsenden Rohstoffen befeuern.	n. a.	OB
M132_007	Es ist unverständlich, warum der Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und Heizöl in der Industrie nur nahezu vollständig stattfinden soll. Ziel muss ein vollständiger Verzicht auf fossile Energieträger sein.	n. a.	OB
M132_008	Aus Seite 93 unten ist hier der nahezu vollständige Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und Heizöl in der Industrie vorgesehen, um so den Brennstoffwechsel von Kohle und Heizöl zu Erdgas und Biomasse zu beschleunigen. Hier sollte aus unserer Sicht auch die Möglichkeit der	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Beimischung von Biomethan mitgedacht werden.		
M132_009	Einsatz von Grünabfällen für Biogasanlagen	2	BB
M132_010	Wärmespeicher/Energiespeicher	0	BB
M132_011	Abfallwirtschaft soll eigene Biogasanlagen aufbauen -> Vermeidung: Verschwendung Mais/Getreide	1	BB
M132_012	Hier fehlt ein Gesamtkonzept! - Warum Wechsel von einem fossilen Rohstoff zu einem anderen? Zwischenschritte kosten Zeit + Geld. -> Energiegewinnung über Solarzellen, Windräder etc. -> Biogas aus Abfall/Biomasse als Alternative	0	BB
M132_013	Information + Subventionierung von Landwirten zum Bau von Biomassekraftwerken. Förderung der Gründung hoher Energiegenossenschaften.	0	BB
M132_014	Abwanderung von Unternehmen vermeiden (Wertschöpfung + Arbeitsplätze halten)	2	BB
M132_015	Datengrundlagen und Lösungskonzepte erstellen	0	BB
M132_016	Landesweites Erdgasnetz (ländlicher Raum)!	2	BB
M132_017	Bei Wechsel zu Erdgas fürs Investitionssicherheit sorgen	0	BB
M132_018	Förderung energieautarke Gemeinde => Energiemix: - Bio - Solar - Wasser - Wind	7	BB
M132_019	Was ist Biomasse? (nur 2. Instanz - kein eigener Anbau von Biomasse) - Grünschnitt von Gemeinden, Privathaushalten, Friedhöfen, Parkanlagen, etc. - Bioabfälle Privathaushalte, Krankenhäuser, Restaurants, Großküchen, etc. - Handel! (-> Lebensmittelverschwendung dadurch positiver gestalten) - Landwirtschaft/Tierhaltung - Zoo/Tierparks - Forstwirtschaft	3	BB
M132_020	Wasserstoff-Technologie (E-Fuels) CO2-Senke!	6	BB
M132_021	EE-Wasserstoff bedenken	3	VB
M132_022	MAP-Förderung aus Landesmitteln aufstocken	0	VB
M132_023	Carbon leakage vermeiden	5	VB
M132_024	Ausbau der (Gas-) Infrastruktur	3	VB
M132_025	Kein Holz für private Kamine - zumindest beschränken	2	VB
M132_026	Prinzip Technologieoffenheit beachten	4	VB
M132_027	Prinzip Freiwilligkeit vor Verpflichtung beachten	3	VB
M132_028	Beides nur/primär in KWK	3	VB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M132_029	Regionale Biomasse, kein Import, primär Wald	2	VB
M132_030	+ Tiefengeothermie	2	VB
M132_031	Reservekraftwerke erhalten, solange für Versorgungssicherheit notwendig	5	VB
M132_032	Roadmap für Planungssicherheit	4	VB
M132_033	Beimischung von Biomethan fördern	3	VB
M132_034	Keine zusätzliche Verpflichtung	3	VB
M132_035	Bioabfall/Reststoffe, unter anderem auch Altholz, in EEG besser berücksichtigen	2	VB
M132_036	Wichtige Voraussetzung: Wettbewerb + Carbon Leakage berücksichtigen	3	VB
M132_037	Mögliche Einsparung an CO2 muss Industrie zugerechnet werden	2	VB
M132_038	Einführung CO2-Steuer	1	VB
M132_039	Landesförderung über MAP	1	VB
M132_040	Standortnachteile für BW vermeiden	5	VB
M132_041	Anschlussperspektiven für bestehende industrielle Altholzkraftwerke	0	VB
M132_042	Sammlung von Holzschnitt von Privathaushalten verbessern	2	VB
M132_043	Umrüsten ja, umsteigen nein.	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M132_044	Erdgas ist klimapolitisch keine Lösung und inklusive Vorhalte wie Steinkohle	1	VB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M132_045	Landwirtschaftliche Fläche Nahrungsmittel <-> Energiepflanzen vergleiche Bioethanol - Hunger in Südamerika.	1	BB
M132_046	Verankerung und Durchsetzung bestehender Ansätze -> GEG zu Fördern EE im Gebäudebereich	1	VB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M132_047	Gleiche Fristen für EG/Bm wie für Kohle und Öl	0	JB

3. HANDLUNGSFELD: KREISLAUFWIRTSCHAFT

M133	Erhöhung der Recyclingquote für Kunststoffe und hochwertiger Einsatz von recycelten Kunststoffen
<p>Etwa die Hälfte des Kunststoffabfalls wird in Deutschland derzeit stofflich verwertet. Die andere Hälfte wird thermisch in der Müllverbrennung verwertet und so für die Wärme- und Stromerzeugung genutzt. Die Datenlage zu Recyclingquoten ist jedoch noch ungenügend und muss als Basis einer nachhaltigen Strategie in der Kreislaufwirtschaft verbessert werden. Eine Steigerung der stofflichen Verwertung soll den Einsatz von fossilen Rohstoffen für die Kunststoffherstellung reduzieren. Dabei geht es zum einen um die Erhöhung der getrennten Erfassung von Kunststoffen (Gewerbeabfall und Nicht-Verpackungen in Haushalten), aber auch um die bessere Nutzung und Trennung von Mischkunststoffen und einen möglichst hochwertigen Einsatz von recyceltem Kunststoff.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Informationskampagnen, Verstärkung der Wertstoffeffassung • Vermeidung und Substitution durch Ausschreibung von Forschungsvorhaben, um die Faktenlage zur ökologischen Vorteilhaftigkeit von unterschiedlichen Verpackungsmaterialien zu verbessern <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 95 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 60				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	18	14	2	26
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	53	Genauso., gute Idee.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	0

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M133_001	-Es muss mehr Geld in neues und effizienteres Recycling verfahren gesteckt werden. Insbesondere muss der Anteil an Kunststoffen, die verbrannt werden, um mindestens 75% vermindert werden. - Reduktion an Verpackungsmaterial grundsätzlich und Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen, wenn CO2-Bilanz besser ggü. Kunststoff	n. a.	OB
M133_002	Es fehlen die Reduzierung von Mischkunststoffen oder Verbundstoffen aus Kunststoffen mit anderen Materialien, die kaum recyclebar sind.	n. a.	OB
M133_003	Die aufgezeigten Maßnahmen gehen definitiv nicht weit genug. Stärkere Vorschläge: Einleitung eines Exportstopps für Kunststoffmülle. Explizite Extra-Steuer für Produkte, die in Plastik verpackt sind bzw. aus Plastik bestehen.	n. a.	OB
M133_004	Es muss mehr Geld in neues und effizienteres Recycling verfahren gesteckt werden. Insbesondere muss der Anteil an Kunststoffen, die verbrannt werden, um mindestens 75% vermindert werden. (11 Duplikate)	n. a.	OB
M133_005	Am erfolgreichsten ist wahrscheinlich ein Einwegpfand auf ausnahmslos alle Kunststoffverpackungen.	n. a.	OB
M133_006	Es muss mehr Geld in neues und effizienteres Recycling verfahren gesteckt werden. Insbesondere muss der Anteil an Kunststoffen, die verbrannt werden, um mindestens 75% vermindert werden.! Steuer für Plastikverpackungen. Und zwar sollten das nicht die kleinen Betriebe machen müssen/ anmelden müssen, wie es aktuell der Fall ist. Das sorgt für große Belastungen bei kleinen Unternehmen. Es sollte gleich das Unternehmen, dass die Verpackungen produziert und verkauft dies auf die Preise aufschlagen und direkt als Steuer abführen. (Sowie auf alle Verbrauchsgüter die 19% nicht vom Verbraucher, sondern von den	n. a.	OB

	Betrieben abgeführt werden)		
M133_007	Verpflichtung für gewisse Gegenstände zum Recycling für Unternehmen. Wertstoffhöfe höhere Auflagen. Darf nicht mehr alles so einfach entsorgt werden.	n. a.	OB
M133_008	Gesetzesinitiativen zur Vermeidung von Kunststoff, bspw. Einführung von unterschiedlichen Hygieneanforderungen für Verpackungen, so dass Lebensmittelhygiene nicht für weniger sensible Bereiche angewendet werden muss (Bundesrecht).	n. a.	OB
M133_009	Informationskampagnen sind sicherlich nützlich - aber davon gibt es ja schon etliche! Es wäre besser, auf Kunststoffe dort weitgehend zu verzichten, wo alternative Materialien zur Verfügung stehen - hier gibt es noch Forschungsbedarf; Kunststoffe aus pflanzlicher Masse sind sinnvoll, werfen jedoch die Frage der ausreichenden Verfügbarkeit er Ausgangsmaterialien auf.	n. a.	OB
M133_010	Verpackungen von Hygieneartikeln/ Ölfkanistern usw. müssen über eine Verpackungsverordnung (EU/Bund) zwingend aus Recyclingmaterial bestehen Es muss ein Mindestanteil von Recyclingmaterial pro Kunststoffprodukt festgelegt werden (ähnlich Kraftstoff Bioanteil)	n. a.	OB
	Kunststoffabfälle stellen mengenmäßig nur einen Bruchteil aller in Deutschland/Baden-Württemberg anfallenden Abfälle dar. Ein Augenmerk sollte deshalb auch auf Massenabfälle wie Bau- und Abbruchabfälle gelegt werden, von denen noch ein Großteil deponiert wird. Eine schnelle Verabschiedung der bundesweit umzusetzenden Mantelverordnung („Ersatzbaustoffverordnung“) wäre zu begrüßen. Die Europäische Kommission hat Ende 2015 ein Paket zur „Circular Economy“ vorgelegt, um Wirtschaft und Konsum nachhaltiger zu gestalten. Ziel ist es, „linear“ verlaufende Stoffströme vom Rohstoff über Produkte bis hin zum Abfall in Kreisläufe zu überführen, in denen möglichst viel stofflich verwertet (recycelt) wird. Neben Änderungen der Abfallgesetzgebung gehört ein umfangreicher Aktionsplan dazu. Die EU-Kommission will zahlreiche Maßnahmen in unterschiedlichen Politikfeldern ergreifen, die weit über die Diskussion zum Abfall-Legislativpaket hinausgehen. Eine verstärkte Kreislaufführung des in der Industrie eingesetzten Kohlenstoffs ist eine Lösungsoption für gleich mehrere Probleme im Zusammenhang mit der Diskussion um Kunststoffvermüllung der Umwelt oder auch Klimaschutz. Für die Industrie ist zirkuläre Wirtschaft mehr als Recycling. Zentral ist die Steigerung der Effizienz zur Minimierung des Ressourcenbedarfs über den gesamten Produktlebenszyklus hinweg. Bei der Produktion anfallende Nebenprodukte werden wenn möglich wieder direkt in der Produktion eingesetzt. Am Produktlebensende kann die Industrie mehrere Kreisläufe nutzen: Das mechanische und chemische Recycling von Abfällen oder auch die energetische Verwertung, bei der Energie gewonnen wird. Ziel aller Industriesektoren muss jedoch immer sein, möglichst wenig Abfälle zu beseitigen. Das bei der Verbrennung entstehende CO ₂ kann als Rohstoff direkt genutzt werden. Oder Pflanzen können es durch Photosynthese in		

	<p>Biomasse umwandeln, die dann als nachwachsender Rohstoff genutzt werden kann.</p> <p>Vom Produktdesign bis zur Abfallverwertung gilt: Vorgaben, die einseitig auf Stärkung des „klassischen“ mechanischen Recyclings abzielen, können kontraproduktiv für die Entwicklung innovativer Materialien sein. Um nachhaltige Rohstoffnutzung zu gewährleisten, ist die Integration der „Recyclingfähigkeit“ beim Produktdesign selbstverständlich auch zu berücksichtigen. Ressourcenschonung und Klimaschutz müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Kosten und der Bedarf der Kunden hinsichtlich Qualität und Nutzen. Zielkonflikte gilt es, im Sinne der Nachhaltigkeit zu lösen. Dann kann die Industrie in einer zirkulären Wirtschaft einen unverzichtbaren Beitrag zur effizienten und nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen leisten. Auch die zunehmende Digitalisierung, in die auch die Industrie investiert, wird helfen, eine zirkuläre Wirtschaftsweise zu verstärken: In der Ära „Industrie 4.0“ werden digitale Massendaten eingesetzt. Damit sind durch präzisierte Verfahren neue Innovationssprünge zu erwarten – mit Impulsen für eine zirkuläre Wirtschaftsweise, die höchste Ressourceneffizienz bietet. Folgende Punkte sind daher bei einer technologieoffenen Kreislaufwirtschaft von Bedeutung: Freiraum für Innovationen und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen: Nur mit einem umfassenden Verständnis zirkulärer Wirtschaft, das alle Beiträge zur Schonung von Ressourcen umfasst, können die Potenziale einer zirkulären Wirtschaft für Industrie, Gesellschaft und Umwelt genutzt werden. Das Ziel einer vollständigen zirkulären Wirtschaft ist ambitioniert und der Weg dahin lang. Die Transformation kann nur mit Technologieoffenheit und Freiräumen für Innovationen unter wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen gelingen. Hierbei ist auch der Einsatz von Recyclingrohstoffen zu erleichtern. Es wäre sinnvoll alle Normen und Regelungen, die den Einsatz von zurückgewonnenen Stoffen erschweren, hieraufhin zu überprüfen. Ferner ist die Einführung von positiven Anreizsystemen wie z. B. Förderprogramme, etc. zu prüfen. Den zweckmäßigsten Verwertungsweg ermöglichen: Nachhaltige Abfallverwertung setzt voraus, dass insbesondere die Abfallzusammensetzung den jeweils optimalen Verwertungsweg bestimmt. Das „klassische“ mechanische Recycling von Werkstoffen darf nicht zum Selbstzweck erhoben werden. Je nach Beschaffenheit des Abfalls muss auch das chemische Recycling oder die effiziente energetische Verwertung möglich sein. Das chemische Recycling ergänzt das mechanische und kann zum Problemlöser für bisher nur schwer zu recycelnde Abfälle werden. Entscheidend ist, welches Verfahren am Ende die insgesamt beste Ökobilanz ausweist. Für Industrieabfallströme, die nicht weiter verwertbar sind – zum Beispiel Verbrennungsrückstände aus der energetischen Verwertung – muss die Deponierung weiterhin möglich sein.</p>		
M133_011	Nicht bzw., schwer recyclebare Kunststoffe bzw. Verbindungen vermeiden	0	BB
M133_012	Unternehmen/Produzenten von Kunststoffen/Verpackungen etc. stärker und	1	BB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	finanziell in die Pflicht nehmen		
M133_013	Prio1: Müllvermeidung Prio2: Aufklärung -> was wo rein kommt, ist immer noch oft unklar bzw. "Am Ende kommt doch eh alles in eine Tonne" noch als Annahme herrscht. Prio3: Einheitliche Werkstoffsammlungen + kostenlos	0	BB
M133_014	Wo es technisch möglich ist verpflichteten Anteil von Recycling-Kunststoff	6	BB
M133_015	- Einheitliches Recycling in allen Kreisen, kein "Flickenteppich" - Kein "abbaubarer Müllsack", funktioniert nicht!	4	BB
M133_016	Kein gelber Sack, sondern eine gelbe Tonne für alle Kunststoffe. Kennzeichnungspflicht der verschiedenen Kunststoffe sodass einfach "sortenrein" sortiert werden kann.	0	BB
M133_017	Begründungspflicht, wenn kein recyceltes Material verwendet werden soll	1	BB
M133_018	Plastik im Haushalt reduzieren (mehr & günstigere Unverpackt-Läden). Keine Nicht-Pfandflaschen mehr: -> Trinkwasserbrunnen in Städten, um Flaschen aufzufüllen	0	BB
M133_019	Anwendung von Kunststoffen ohne geschlossenen Recycling-Kreislauf verhindern, wenn es möglich ist	0	BB
M133_020	Bei Kunststoffverwendung auf Recyclingfähigkeit achten! (reine Kunststoffe! Kein Mischmaterial, außer sie können als solche "sortenrein" wiederverwendet werden.	1	BB
M133_021	Sich auf wenige Kunststoffsorten beschränken! (Gesetzgeber einigt sich nach Fachdiskussion mit der Industrie! - runder Tisch) - Zwang nach Absprache - Ohne Zwang keine Materialbeschränkung durch Produzenten und Vermarkter -> Vielfalt = Konsumanreiz	0	BB
M133_022	Nachhaltige Verpackungsquoten für Unternehmen vergeben -> wer braucht die Plastikschaale von Keksen oder Tomaten? (Pappe?) -> wer braucht einen einzeln verpackten Kekse? -> Krankenhäuser/Flugzeugessen	0	BB
M133_023	Jeder Kunststoffabfall soll zum Wertstoff! Kein Restmüll!!	3	BB
M133_024	Mehrweg ausbauen	3	BB
M133_025	Verbraucher entscheiden -> Information	3	BB
M133_026	Markt für Recyclate schaffen! -> Minimal-Content-Regelung Industrie bei neuen Produkten Mindestanteil an Recyclingrohstoffe festlegen	5	VB
M133_027	Beimischungsquoten bei Verarbeitung	1	VB
M133_028	Markt für Recyclate schaffen! -> öffentliche Hand als Beschaffer bei Materialeinkauf => umweltfreundliche Beschaffung	1	VB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

M133_029	Forderung sortenreicher Produkte => weniger Verbundmaterial	2	VB
M133_030	Besteuerung nicht-recyclebarer Produkte	1	VB
M133_031	Rücknahmeverpflichtung		VB
M133_032	Realistische Quoten im Hinblick auf Ökobilanzen, gegebenenfalls Verdrängungseffekte beachten	1	VB
M133_033	Basis: Ökobilanzierung + LCA	3	VB
M133_034	Chemisches Recycling als Alternative, wenn LCA passt!	2	VB
M133_035	Produktnutzen z.B. für Energiewende etc. muss gleichwertig zu Recyclingfähigkeit sein.	1	VB
M133_036	Keine eindimensionale Fokussierung auf mechanisches Recycling -> kein Selbstzweck!	1	VB
M133_037	Kreislauf > Transportaufkommen	1	VB
M133_038	Recyclingquoten nicht in der Erfassung festschreiben, sondern auch in der Produktproduktion -> schafft Nachfrage nicht nur Angebot	1	VB
M133_039	Exportverbot für Abfälle/Wertstoffe	3	VB
M133_040	Weniger thermische Verwertung	0	JB
M133_041	Weniger Verpackungen durch Substitutionen (180 €/t CO ₂ - Äquivalente)	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M133_042	Abfallvermeidung von Recycling! Reduktion von Kunststoff ist gefordert, statt Downcycling des Abfalls. Kunststoffe sind meist nicht sortenrein und daher als Abfall kaum mehr für neue Produkte nutzbar. Auch hier "Cradle to Cradle"-Prinzip einfordern, statt Abfall zu erzeugen.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M133_043	Müllreduzierung durch weitere Gesetze, so dass nicht mehr alles in Plastik eingepackt werden darf (z.B. Werbeprospekte, doppelte Plastikverpackungen, Einwegprodukte wie Kaffeebecher usw.)	n. a.	OB
M133_044	Ich weiß nicht genau, wo das dazu gehört, darum sage ich es jetzt einfach hier: Ein Vorschlag wäre auch einfach mal weniger Müll produzieren: In unserer Schulkantine wurde bis dieses Jahr der Nachtsch in Einwegplastik serviert. Auf Anregung von Schülern wird das jetzt weitgehend vermieden. Aber eigentlich sollte es so etwas schon längst nicht mehr geben. Den oben beschriebenen Vorschlag zum Recycling finde ich toll!	n. a.	OB

M133_045	Ich halte eine Verbrennung von nicht hochwertigem Plastik (Abfall/Wertstoff) für sinnvoll um die Ausfuhr ins Ausland und der dortigen (Nicht-)Verwertung und damit umweltschädlichen Entsorgung zu begegnen. Außerdem dürfte der Entsorgungsweg günstiger und emissionsärmer sein.	n. a.	OB
M133_046	Müllvermeidung!	1	BB
M133_047	Einheitliche Mülltrennung in Haushalten und Industrie in Deutschland. Effizientere Trennung! Weniger Umverpackung von Lebensmitteln und Waren. Mehr Reparieren statt Neukauf.	1	BB
M133_048	Restmüll extrem teuer machen. Kinder in Grundschulen schulen. Vorbild Zero-Waste-Gemeinden in Italien!	1	BB

M134	Erhöhung der Recyclingquote für Bauprodukte			
	<p>Um den Einsatz von Primärrohstoffen als Bauprodukte, insbesondere von CO₂-intensiven Produkten wie Zement, Glas, Asphalt oder Stahl zu reduzieren, ist das Recycling von Bauprodukten ein wichtiger Hebel zur Verringerung der CO₂-Emissionen. Besonders die Herstellung von Zement trägt erheblich zu den CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg bei. Neben Energie- und CO₂-Einsparungen sind durch ein erhöhtes Recycling auch erhebliche Einsparungen an Primärrohstoffen zu erwarten.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme der Verwendung von ressourcenschonendem Beton in der öffentlichen Beschaffung • Recyclingfähigkeit von Gebäuden verbessern (Wiederverwendung von Bauteilen) • Einrichtung Forschungsschwerpunkt Kreislaufwirtschaft im Bauwesen im Bereich der Hochschul- bzw. der wirtschaftsnahen Forschung • Forschungsförderung "Recycling von komplexen Baustoffen" • Betonrecycling • Prüfung weiterer Potenziale zu maximalem Asphaltrecycling <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 95 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>			

A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 13				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	0	1	12
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Anzahl	Auswahl	
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	6	Absolut sinnvoll, Verpflichtungen einführen	
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbändefeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	1

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M134_001	Bauprojekte sollten auf Langfristigkeit ausgelegt sein. Gebäude sollten eine lange Lebensdauer haben.	n. a.	OB
M134_002	Prüfung von Instrumenten, wie bei Entscheidungen zwischen Abriss+Neubau versus Bestandssanierung auch die Ressourceneffizienz + graue Energie bewertet werden können.	n. a.	OB
M134_003	Die Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V. spricht sich für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen aus. Im Jahr 2011 hat das das damalige Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg die Broschüre "RC-Beton im Baubereich" verfasst. Im Jahr 2013 folgte die Broschüre "Stoffkreisläufe von RC-Beton", herausgegeben vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, 2017 wurde der „Leitfaden zum Einsatz von R-Beton“ veröffentlicht. Trotz dieser Ratgeber beschränkt sich der Einsatz von RC-Beton bislang auf einzelne Leuchtturmprojekte. In der breiten Masse ist der Einsatz von RC-	n. a.	OB








	<p>Beton leider noch nicht angekommen. Öffentliche Auftraggeber sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Für private Auftraggeber müssen wirtschaftliche Anreize gesetzt werden, auf RC-Baustoffe zurückzugreifen. Aber auch im Tiefbau ist der Einsatz von Recycling-Baustoffen möglich, was in der Praxis viel zu wenig geschieht. Gering belasteter Boden und Bauschutt (Qualität Z1.1, Z1.2 und Z2 nach VwV Bodenverwertung bzw. Recycling-Erlass) können dazu verwendet werden, sogenannte technische Bauwerke herzustellen. Bauschutt lässt sich recyceln und unter Straßen als Frostschutz- oder Tragschicht einbauen oder zur Verfüllung von Leitungsgräben und Baugruben verwenden. Gering belasteter Bodenaushub kann zum Bau von Lärmschutzwällen oder zum Bau von Straßen- und Eisenbahndämmen dienen. Für Recycling-Baustoffe gibt es jedoch keine ausreichende Nachfrage. Leider gehen viele öffentliche Auftraggeber nicht mit gutem Beispiel voran, sondern lehnen den Einsatz von Recycling-Baustoffen ab, da sie Vorbehalte hinsichtlich der Baustoffgüte haben. Dabei ist durch das Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) sichergestellt, dass solche Baustoffe umweltverträglich und ohne Altlastenrisiko eingesetzt werden. Bauschutt-Recycling und Boden-Verwertung müssen gefördert und durch entsprechende Regelungen flankiert werden. § 2 Landesabfallgesetz BW (LAbfG) regelt schon heute: „Bei der Errichtung und beim Abbruch baulicher Anlagen ist sicherzustellen, dass die dabei anfallenden Abfälle verwertet werden können, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist.“ In § 1 Abs. 2 LAbfG heißt es: „Bei Bauvorhaben soll, ohne damit Rechtsansprüche Dritter zu begründen, Erzeugnissen der Vorzug gegeben werden, die aus Abfällen hergestellt sind.“ Das Problem ist, dass diese gesetzlichen Vorgaben vielfach ignoriert werden und – da kein Rechtsanspruch auf ihre Einhaltung besteht – ein zahnloser Tiger sind. Insbesondere öffentliche Auftraggeber müssen wirksam verpflichtet werden, produktneutral auszuschreiben und gütegeprüfte Recycling-Baustoffe zuzulassen. Weitere Informationen zu dieser Problematik und Lösungsvorschläge finden Sie in unserem Positionspapier zur Entsorgung von Erdaushub und Bauschutt, das hier abrufbar ist: http://bauwirtschaft-bw.de/2019/06/27/Entsorgung_von_Erdaushub_und_Bauschutt/11038,11</p>		
M134_004	<p>Ziel muss die Wiederverwendbarkeit sein, nicht die bessere Abfall-Entsorgung (s.o.) Hierzu muss es Verpflichtungen geben (z.B. Nutzung v. natürlichen, kompostierbaren Dämmmaterialien).</p>	n. a.	OB
M134_005	<p>Aus Sicht der Zementindustrie ist zudem anzufügen, dass die vollständige Nutzung der stofflichen Anteile von Abfällen im Rahmen der Sekundärbrennstoffnutzung in der Zementindustrie seit Langem gängige Praxis ist, denn neben einer energetischen Verwertung erfolgt auch ein stoffliches Recycling der Aschen in der Zementproduktion. Die Landesregierung sollte sich daher dafür einsetzen, dass die stofflichen Recyclinganteile, die sich aus der Sekundärbrennstoffnutzung ergeben, entsprechend als Recycling im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 3 KrWG verbucht werden.</p>		

	Das angedachte Vorhaben, die Recyclingquote für Bauprodukte zu erhöhen, wird im Grundsatz begrüßt. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, dass sich die Landesregierung aktiv dafür einsetzt, dass bessere Methoden der Betonabbruchaufbereitung entwickelt werden und das Material zu wirtschaftlichen Konditionen der Zement- und Betonindustrie zugänglich gemacht wird. Diese Materialien können durch die Nutzung von neuen und noch weiter zu entwickelnden Technologien dazu verwendet werden, die Emissionen der Zementproduktion im Beton als Endprodukt nachhaltig zu binden. Darüber hinaus sollte die Landesregierung mit der Zement- und Betonindustrie in einen Dialog eintreten, wie über die Änderung von Bau- und Produktnormen entsprechende Märkte geschaffen werden können.		
M134_006	Maßnahme 1 Änderung: Solange ohne Beton/Zement technisch Förderung & Forschung ab 2020 möglich, muss ohne diese gebaut werden Rest an 2021	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M134_007	Verordnete Recyclingquoten sind abzulehnen. Primär- und Recyclingprodukte sind gleichberechtigt zu sehen. Je nach Lage kann das eine oder andere sinnvoller sein. Prozessbedingte Kohlendioxidemissionen sind unumgänglich, weltweit, daher kann die Benachteiligung eines Produkts in Baden-Württemberg nur zu Verschiebungen der Produktion ins Ausland führen und damit Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Know-how zu verlieren. Es bleibt völlig außer Acht, dass Primärrohstoffe aus BW einen geringen Umweltimpact haben, während bei Bodenwäschen oder Rosinenpickerei-Recycling große Mengen an Reststoffen anfallen, die deponiert werden müssen. Im Gesamten dürfte sich hierbei eine eher negative Umweltbilanz ergeben.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M134_008	Was die Gebäudedämmung angeht, wurde an der FH Kuchl bereits eine plastikfreie Styroporalternative entwickelt, die aus Tanninen (Baumrinde) hergestellt werden kann. Im Moment hält eine Firma das Patent, die es nicht nutzt. Ein Kauf dieses Patents von staatlicher Seite könnte Baustoffunternehmen dabei unterstützen, ihre Produktion umzustellen. (Kuchl liegt in Österreich, FH Salzburg)	n. a.	OB

M135	Biotechnologie zum CO₂-Recycling (Bio-CCU und Bio-CCS)
<p>Wenngleich bei der Energieerzeugung in der Zukunft gegebenenfalls von einer "Dekarbonisierung " gesprochen werden kann, so wird die stoffliche Produktion überwiegend weiterhin auf Kohlenstoff angewiesen sein. Dieser wird am Ende einer linearen Prozesskette in Form von CO₂ wieder freigesetzt. Zum einen können Agrar- und Forstsysteme nur in begrenztem Maße Kohlenstoff für industrielle stoffliche Zwecke bereitstellen, zum anderen führt die CO₂-Freisetzung zu den bekannten Klimafolgen. Daher kommt der Nutzung von CO₂ als Kohlenstoffquelle eine wachsende Bedeutung zu. Dies umfasst zum einen das Recycling von CO₂ aus Punktquellen sowie langfristig auch die Nutzung von CO₂ aus der Luft (nach natürlichem Vorbild unter Nutzung der Sonnenenergie).</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines anwendungsorientierten Entwicklungsschwerpunktes zum biotechnologischen/bioinspiriertem CO₂-Recycling • Empfehlungen des laufenden Forschungsprojektes „Technologie- und Marktstudie bioinspirierte CO₂-Fixierung“ nach Möglichkeit umsetzen • Entsprechend die Forschungsförderung ausrichten • Vernetzung der Akteure stärken • Maßnahmenempfehlung aus der “Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie“ <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 96 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

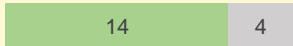
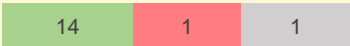

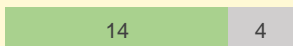
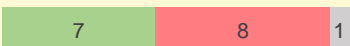
A	In Zahlen		
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 7</i>			
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	7
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>			
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>	
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	4	Alle Punkte sehr empfehlenswert! Gute Idee.	
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0		
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>			
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge


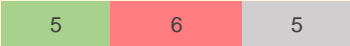
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>			/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			
<i>Die Umsetzung unterstütze ich</i>			/
<i>Die Maßnahme ist unklar</i>	5	1	2

B Kommentarinhalt			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M135_001	Forschung verstärkt fördern, Nutzung staatlich lenken	n. a.	OB
M135_002	Wir begrüßen zudem das Ansinnen, das CO ₂ -Recycling weiter voranzutreiben. Entsprechende Fördermaßnahmen sollten schnellstmöglich umgesetzt werden. Bei diesem Vorhaben sollte ein Fokus auf den Grundstoffindustrien mit Prozessemissionen liegen, da diese ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit Multiplikatorwirkung in Baden-Württemberg sind.	n. a.	OB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M135_003	Im Gegensatz zu CCU ist nicht erläutert, wie die Landesregierung CCS einsetzen will. Der BUND sieht nicht, in welchen geologischen Formationen das CO ₂ dauerhaft sicher gespeichert werden könnte und warnt davor, sich auf diese Weise Treibhausgasen zu entledigen.	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M136	Stoffliche und energetische Verwertung von Bioabfall verbessern bzw. ausbauen
<p>Bioenergie aus Reststoffen und Abfallströmen kann bei der künftigen Energieversorgung eine größere Rolle spielen als heute. Vorteilhaft ist hier auch die Speicherbarkeit der Bioenergie für die Zeiträume mit hohem Energiebedarf. Die Entwicklung von flächendeckenden Verwertungssystemen und innovativen Verwertungsverfahren soll angeregt werden.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfassung von Grünabfällen verbessern/ausbauen • Ausbau hochwertiger Infrastruktur zur Bioabfallverwertung durch öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder private Betreiber 	
<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 97 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 19				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	10	0	1	8
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	Unterstützung; Gute Idee.		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>			/	

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge


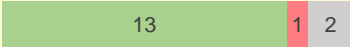


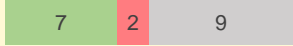

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	1	0

B Kommentarinhalte			
<i>Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M136_001	Ja, unbedingt; die kommunalen Grüngutsammelstellen sind ein guter Anfang. Jedoch muss sich die Kommune dann auch um die energetische Verwertung des 'Komposts' kümmern.	n. a.	OB
M136_002	Kommunen müssen auf das Mulchen von Flächen verzichten, Schnittgut muss abgetragen und in Biogas oder Kompostanlagen verwendet werden	n. a.	OB
M136_003	Wir empfehlen, dass Kompostierungsanlagen zur Behandlung von kommunalen Bio- und Grünabfällen, wo es technisch Sinn macht, um eine anaerobe Stufe ergänzt und zu Abfallvergärungsanlagen umgebaut werden. Hierbei können Beihilfen des Landes den Prozess beschleunigen.	n. a.	OB
M136_004	Aus unserer Sicht müsste hier aber noch konkreter ausgeführt werden, was mit Bioenergie aus Reststoffen gemeint ist, bspw. Biomethan im Gasnetz inkl. UGS?	n. a.	OB
M136_005	Informationskampagne -> Umsetzung aller Bürger	0	BB
M136_006	Biogas + Wärmenetze lokal aufbaue	5	BB
M136_007	Einheitliche Biotonnen statt Biosäcken (Bsp. GOA Schwäbisch Gmünd)	1	BB
M136_008	Digitale Möglichkeit bieten zum Eintragen von Grünabfällen	0	BB
M136_009	Biotonne beim leeren reinigen	0	BB
M136_010	Sammelsysteme verbessern	8	BB
M136_011	Frequenz der Abholung auf 1/Woche erhöhen	0	BB
M136_012	Robuste Systeme in Bezug auf Benutzung, mit Ablüftung	0	BB
M136_013	Anreize schaffen, Biomüll nicht in den Restmüll zu werfen! -> z.B. Restmüll teuer machen, Wertstoff + Biomüll kostenlos anbieten	5	BB
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M136_014	Eine grandiose Idee wäre es, wenn es städtische Kompostbetriebe gäbe. Hier können die Anwohner ihren Kompost abgeben (nur die kompostierfähigen Stoffe, z.B. keine Zitrusfrüchte oder exotischen Früchte) und wenn sie möchten für die Menge des abgegebenen Komposts frische Erde (in eigenen Eimern) mitnehmen. So müsste man die Erde für den Balkon oder Garten auch nicht in Plastik eingeschweißt kaufen.	n. a.	OB
M136_015	Es ist m.E. aus dem Bioabfall nur eine geringe Energiemenge zu erwarten. Der Aufwand für die Sammlung und Verarbeitung muss dagegen gerechnet werden. Zumindest im ländlichen Raum scheint mir die Kompostierung vor Ort sinnvoller. Die nicht kompostierbaren Abfälle gehen dann in den Restmüll.	n. a.	OB
M136_016	Tatsächliche Energieeffizienz überprüfen	0	BB
M136_017	Grünabfälle lieber als Dünger verwerten & als Bereitschaftskraftwerke für Netzstabilität nutzen	0	JB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle

M137	Prüfung und Umsetzung einer energetischen Optimierung der Abfallverbrennung		
	<p>Abfallverbrennungsanlagen (Müll, EBS, Altholz, Klärschlamm) leisten bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Wärme- und Stromversorgung im Land. Aus Gründen der Anlageneffizienz sollte die Erzeugung und Nutzung von Wärme künftig Vorrang gegenüber der Stromproduktion erhalten. Dafür könnten Modernisierungen der jeweiligen Anlagentechnik erforderlich sein. Eine Potenzialstudie soll die Grundlage für ein Förderprogramm und/oder eine Ausschreibung einer effizienten Modernisierung der Anlagen legen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Prioritäre Nutzung der Wärme über Fernwärmesysteme • Modernisierung der Anlagentechnik (z.B. Einbau Abgas-Wärmetauscher, Gegendruck statt EK-Turbine) Potenzialstudie in Auftrag geben, Förderung und/oder Ausschreibung CO₂-effiziente Modernisierung der Müllverbrennung 		
	<p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 97 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

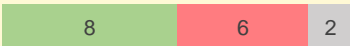
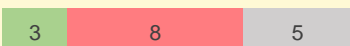
A	In Zahlen			
Gesamtanzahl Kommentare: 7				
	Bürgerbeteiligung	Verbändebeteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	0	0	7

Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)			
	Anzahl	Auswahl	
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	4	Weiter fördern; Gute Idee.	
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	1		
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)			
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbädebeteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M137_001	Punkt 1: Im Prinzip ja, aber nur dann, wenn die Leitungswege eine effiziente Fernwärmeversorgung zulassen. Punkt 2: Moderne Anlagentechnik ist unbedingt wünschenswert. Hier ist jedoch auf Punkt 1, Nutzung der entstehenden Wärme, zu achten!	n. a.	OB
M137_002	Allerdings sollte die Abfallvermeidung oberstes Ziel sein, vor der optimierten Verbrennung von Abfällen.	n. a.	OB
M137_003	Neben der Erhöhung der Effizienz der Abfallverbrennung sollte auch die Nutzung von Sekundärbrennstoffen z.B. in der Zementindustrie weiter befördert werden, da diese zu geringen gesamtwirtschaftlichen Kosten und mit hoher Effizienz denselben Beitrag leisten können. In jedem Falle sollten entstehende Konflikte um die Verwertung von Sekundärbrennstoffen und Abfällen vermieden werden. Eine Lösung kann die umfassende Analyse der	n. a.	OB

	gesamtwirtschaftlichen Kosten und Umweltpotentiale bei der Erarbeitung entsprechender Maßnahmen darstellen.		
M137_004	Darüber hinaus ist auf dieser Seite als Maßnahme die Erhöhung der Effizienz in der Abfallverbrennung durch die Prüfung und Umsetzung einer energetischen Optimierung der Abfallverbrennung vorgesehen. Aus unserer Sicht ist hier zu berücksichtigen, dass der EE- und der KWK-Anteil von Abfallverbrennungsanlagen in Wärmenetzen eine erhebliche Rolle spielen, um die geforderten Kennzahlen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist eine Veränderung der Energienutzungsart kritisch zu beleuchten.	n. a.	OB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M137_005	Keine weiteren Anforderungen für die Müllverbrennung! Die Entsorgung von Abfällen darf nicht noch teurer werden, da ansonsten das Risiko der illegalen Entsorgung in Feld und Wald weiter steigt.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>


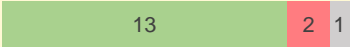

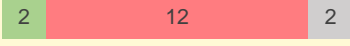
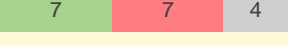

M138	Kläranlagen als Energielieferanten etablieren		
	<p>Kläranlagen können technisch so ausgestattet werden, dass sie die nötige Energie für den Klärprozess aus dem Klärschlamm selbst erzeugen können. Dafür sollen eine Bestandsaufnahme und die Umsetzung eines Pilotprojekts erfolgen. Über Wärmepumpen kann auch die Energie im Klärwerksabwasser für die Fernwärme genutzt werden. Dies ist in Skandinavien bereits verbreitet. Eine Potenzialstudie soll Aufschluss geben, an welchen Standorten eine solche Lösung sinnvoll erscheint. Darüber hinaus soll das Land auf Bundesebene für die Gleichbehandlung der Abwärme aus Kläranlagen mit der Umweltwärme einsetzen, sodass für diese Anlagen die Förderkriterien der „Innovativen KWK“ angewendet werden können.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Energieautarke Kläranlage (Pilot, Bestandsaufnahme) • Solare Klärschlamm-trocknung (Pilotprojekt) • Nutzung Klärwerksabwasser durch Groß-Wärmepumpen (Potenzialstudie) • Gleichbehandlung Abwasserwärme wie Umweltwärme bei innovativer KWK (Bundesrat) • Prüfung, Kohlekraftwerke durch Klärschlammkraftwerke teilweise zu ersetzen <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 97 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 12				
	Bürgerbeteiligung	Verbände e beteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	3	0	9
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	10	Gut!, Alle Instrumente sind höchst empfehlenswert!		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbände e beteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/	
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	0	1	/	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M138_001	Prototypen schaffen und Praxistest intensiv betreiben	n. a.	OB
M138_002	eine andere Lösung als die eigene Energie zu nutzen sollte zukünftig nicht mehr erlaubt sein	n. a.	OB
M138_003	Gesetzliche Standards erheben und als Betriebsgrundlage verordnen	n. a.	OB
M138_004	Dies ist aus unserer Sicht positiv zu bewerten. Allerdings ist die	n. a.	OB

	Erwartungshaltung Kohle in signifikanten Mengen durch Klärschlamm ersetzen zu wollen zu hoch gegriffen.		
M138_005	Unterstützung über Norm beschleunigen	1	VB
M138_006	Phosphorrückgewinnung voranbringen	4	VB
M138_007	Kläranlagen meist in kommunaler Hand/Zweckverband(?) Unterstützung notwendig, gegebenenfalls Gründung "eigener Gesellschaften"	5	VB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M138_008	Es ist eine Illusion zu glauben, dass Klärschlammkraftwerke Kohlekraftwerke ersetzen könnten. Die Klärschlamm mengen sind an den Standorten nicht da und eine Zufuhr ist unwirtschaftlich und würde ebenfalls Emissionen verursachen. Des Weiteren ist die Trocknung von Klärschlamm selbst energieintensiv.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M139	Förderung von Forschung und Entwicklung nach dem Vorbild der "Bioraffinerien"		
	<p>Über biobasierte / bioinspirierte Verfahren, die beispielsweise lebende Zellen oder Enzyme zur Stoffumwandlung und Stoffproduktion nutzen, ist es unter anderem möglich, neue Rohstoffquellen zu gewinnen. Insbesondere aus Abwässern und biologischen Abfällen sowie Reststoffen und Nebenprodukten aus der Industrie können über entsprechende Verfahren Rohstoffe (zurück-) gewonnen werden. Das Konzept der Bioraffinerie fasst hier eine Vielzahl an Verfahren und Ansätzen integrativ zusammen.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung biobasierter und/oder bioinspirierter Umweltechnologien in Pilot-/Demonstrationsanlagen, Schwerpunkt Abwässer und biologische Abfälle sowie Reststoffe und Nebenprodukte aus der Industrie • Vernetzung und Austausch der Akteure • Maßnahmenempfehlung aus der "Landesstrategie Nachhaltige Bioökonomie" <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.3. S. 98 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>		

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 5				
	Bürgerbeteiligung	Verbände e beteiligung	Jugendbeteiligung	Onlinebeteiligung
Anzahl Kommentare	0	0	0	5
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	Anzahl	Auswahl		
Konkrete Zustimmung zur Maßnahme	5	Uneingeschränktes und unbedingtes JA!		
Konkrete Ablehnung der Maßnahme	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
Angaben = Häufigkeit der Nennung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	
	Bürgerbeteiligung (n=18)	Verbände e beteiligung (n=16)	Jugendbeteiligung (n=26)	
Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/	
Ihre Umsetzung ist notwendig			/	
Die Umsetzung unterstütze ich			/	
Die Maßnahme ist unklar	0	1	/	

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M139_001	Weiter Fördern in Zusammenarbeit mit der Industrie	n. a.	OB
M139_002	Ziel muss es sein, die Abwässer von schwer abbaubaren chemischen, medizinischen, etc. Abfällen zu befreien und daher auch einen Verkauf entsprechender problematischer Produkte (Kosmetik, Reinigungsmittel, landw. Dünger) zu verbieten.	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

4. HANDLUNGSFELD: NACHHALTIGES BAUEN UND RESSOURCENEFFIZIENZ

M140	Förderung Holzbau
<p>Der Einsatz von (nachhaltigem) Holz in der Bauwirtschaft und die Substitution von energie- und CO₂-intensiven Baustoffen wie Beton und Stahl können dazu beitragen, die Emissionen des Industriesektors zu senken. Neben den direkten Effekten durch die Reduzierung der Emissionen bei der Herstellung von z.B. Beton fungiert das im Gebäude gebundene Holz über die Lebensdauer der Gebäude als CO₂-Senke. Idealerweise wird Holz so kaskadisch genutzt, indem es zunächst verbaut und erst danach der thermischen Verwertung zugeführt wird.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzen der vom Land Baden-Württemberg 2018 veröffentlichten Strategie „Holzbau-Offensive BW“ mit 13 so genannten Innovationspaketen, darunter z.B.: • Vorbildfunktion für Landesliegenschaften umsetzen • Förderung von Planungsaufwand für Holzbauwerke und bei Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.4. S. 99 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 19</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändeebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	6	3	10
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	14	Sehr gut!, Unterstützung		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändeebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	0

B **Kommentarinhalt**





Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M140_001	Der Einsatz von Holz im Bauwesen kann durch seine Eigenschaft als CO ₂ -Speicher sowie den Ersatz energieintensiv hergestellter Baustoffe einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mit der im Jahr 2018 verabschiedeten Holzbau-Offensive Baden-Württemberg nimmt das Land eine Vorreiterrolle bei der Förderung klimaschonenden Bauens ein. Dieser zentrale Schritt auf dem Weg zum nachhaltigen Bauen wird vom DeSH ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Um jedoch die Klimaschutzpotenziale der Holzverwendung im Bauwesen ganzheitlich durch Integration der CO ₂ -Emissionen bei der Baustoffherstellung (Graue Energie) erfassen und bilanzieren zu können, ist die Entwicklung eines vergleichenden Bewertungsrahmens notwendig. Auch hier könnte das Land eine Vorbildfunktion einnehmen und gemeinsam mit den Akteuren der Bauwirtschaft eine Initiative zur Entwicklung einer ganzheitlichen Bewertungssystematik unter Einbezug der Grauen Energie zur Stärkung des Klimaschutzes im Gebäudebereich einnehmen.	n. a.	OB
M140_002	Verband der Säge- und Holzindustrie Baden-Württemberg e.V.: Zur gesamtheitlichen Betrachtung von Emissionen gehört auch der Fakt, dass bei Holzbauweisen die Co-Speicher- bzw. Senkenwirkung des Holzes ad absurdum geführt wird, wenn das Holz bis zu seinem Einsatzort x Kilometer transportiert wird. Man braucht auch eine Möglichkeit den Einsatz von "besonders klimaschonenden Schnitthölzern" bei der Gebäude-Errichtung zu würdigen, die in regionalen Wirtschaftskreisläufen erzeugt werden (auch in Verarbeitungsstufen nach dem Sägewerk). Ebenso unter Ressourcenschutz-Aspekten ist der Regionalitätsfaktor beim Holzbau nicht zu vernachlässigen, der ökologische Fußabdruck des Holzes der kurzen	n. a.	OB

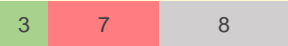

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Wege mag der Globalisierung der Märkte entgegenstehen, ist aber dringend nötig, wenn wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz. Bauen mit Holz = Klimaschutz. Bauen mit regionalem Holz = Klimaschutz plus.		
M140_003	Gesetzliche und technische Vorgaben (z.B. Schallschutznachweis, Schwingungsnachweis...) müssten so angepasst werden, dass materialreduziertes Bauen in Holz möglich wird.	n. a.	OB
M140_004	Kommunale Bauvorhaben zukünftig nur in Holzbauweise genehmigungsfähig	n. a.	OB
M140_005	Holzbau forcieren	1	VB
M140_006	Beton nicht einseitig an Pranger stellen	4	VB
M140_007	Vorhandene Wertschöpfungsketten nutzen und Vorzugsweise Verwendung von regional erzeugtem Holz.	4	VB
M140_008	Möglichst regionales, nachhaltiges Holz	0	JB
M140_009	Substitution von CO2-intensiven Baustoffen auf 180€ pro Tonne CO2-Äquivalente	0	JB
M140_010	Muss ab 2020 gelten	0	JB
Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M140_011	Das Land als Waldinhaber bevorzugt somit eigene Produkte. Ich will mich nicht in einem öffentlichen Gebäude aufhalten müssen, das aus einem Brennstoff gebaut ist. Des Weiteren sind zusätzliche Holzmengen für den Gebäudebau aus heimischen Wäldern kaum zu generieren. Somit würde das Holz wieder energieintensiv importiert und möglicherweise auf illegale Holzeinschläge zurückgegriffen. Andere Baustoffe können ebenfalls Kohlendioxid einlagern und können im Gegensatz zu Holz recycelt werden (s.o.). Nachhaltigkeit kann allenfalls für die Mengen erfolgen, die die heimischen Wälder hergeben. Der Import kann nicht reguliert werden und damit kommt das Holz für die Pläne von außerhalb und ist daher bedenklich.	n. a.	OB
Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M140_012	Hier wäre noch ein gezielter Aufbau einer Informationsstruktur notwendig!	n. a.	OB
M140_013	Machbarkeit prüfen	3	VB
M140_014	Mit Brandschutz vereinbar?	1	VB
M140_015	Holzbau mittlerweile etabliert, besser Förderung für Nutzung Recycling-Baustoffe	1	VB
Allgemeine Hinweise			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>

M141	Entwicklung und Markteinführung neuer CO₂-armer Zement- und Betonsorten
<p>Die Herstellung von Zement und Beton macht mit etwa 3,5 Millionen Tonnen CO₂ Emissionen pro Jahr einen Großteil der Emissionen des Industriesektors in Baden-Württemberg aus. Eine Umstellung der Wärmeprozesse allein auf Erneuerbare Energien wird nur einen Teil der Emissionen mindern, da über die Hälfte der Emissionen prozessbedingt sind und aus der chemischen Reaktion beim Klinkerbrennen entstehen. Es sind kaum verfügbare Techniken vorhanden, welche diese prozessbedingten Emissionen deutlich senken können.</p> <p>Entsprechend sind Forschung und Entwicklung sowie die Markteinführung von neuen CO₂-armen Zementsorten wichtige Instrumente dieser Maßnahme.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kampagne „Betonmischungen mit niedrigem Klinkeranteil“ • Forschungsförderung CO₂-armer Beton/Zement <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.4. S. 100 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A In Zahlen				
Gesamtanzahl Kommentare: 14				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
Anzahl Kommentare	0	2	0	12
Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	12	Wichtig!, ok		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>		<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>		<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>
<i>Maßnahme ist grundlegend sinnvoll</i>				/
<i>Ihre Umsetzung ist notwendig</i>				/

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B **Kommentarinhalt**

Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M141_001	Nach der Forschung muss ggf. der Einsatz des CO2 armen Zementes subventioniert werden (oder konventioneller Beton ist dann durch CO2 Abgaben verteuert). Eine umweltfreundlichere, aber teurere Technologie wird nicht automatisch Erfolg auf dem Markt haben.	n. a.	OB
M141_002	Unbedingt ja; auch das Produkt Baustahl sollte einer kritischen Prüfung unterzogen werden, schließlich gibt es die ersten Ergebnisse im Bereich Beton mit Kohlefasern. Hier muss noch weiter geforscht und, bei positiven Forschungsergebnissen, entwickelt werden.	n. a.	OB
M141_003	Die Bauwirtschaft Baden-Württemberg unterstützt die Markteinführung innovativer CO2-ärmer Zementsorten und das ressourceneffiziente Bauen ausdrücklich. Die Aussage, es seien kaum verfügbare Technologien vorhanden, welche die prozessbedingten Emissionen beim Klinkerbrennen senken könnten, können wir nicht nachvollziehen. Beispielsweise wurde am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ein Verfahren entwickelt, bei dem die CO2-Emissionen aus der Zementherstellung rund um die Hälfte reduziert werden. Nähere Informationen finden Sie hier: www.celitement.de	n. a.	OB
M141_004	dazu müssen die preisrelevanten Rahmenbedingungen geschaffen werden, so dass der "richtige Weg" automatisch auch der wirtschaftlichere ist	n. a.	OB
M141_005	Herkömmliche Methoden verbieten, neue Standards verordnen	n. a.	OB
M141_006	Aufklärung Architekten, Planer, Bauingenieure, usw.	8	VB
M141_007	steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen als Hebel und marktwirtschaftlicher Anreiz integrieren	0	VB

Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme

Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M141_008	Die Industrie benötigt keine weiteren Vorgaben. Über den europäischen Emissionshandel werden ohnehin sämtliche Maßnahmen gefahren, die eine Reduzierung der CO2-Emissionen ermöglichen.	n. a.	OB
M141_009	Ähnlich wie beim Thema Mineraldünger wird in diesem Kapitel erneut ein Industrieprodukt – in diesem Fall Zement – ohne jegliche fachliche / wissenschaftliche Betrachtung von Ökobilanzierungen, Lebenszyklusbetrachtungen, Nachhaltigkeitsuntersuchungen o.ä. pauschal diskriminiert. Es wird mehrfach gefordert, Zement durch Holz zu	n. a.	OB

	<p>substituieren, da dies die „<i>klimafreundlichere Alternative sei.</i>“ Den Nachweis für diese Behauptung liefert der Maßnahmenplan dann aber an keiner Stelle. Wir fordern damit auch hier, auf eine pauschale, unbegründete Diskriminierung von wichtigen Industrieprodukten zu verzichten.</p> <p>Seitens der Zementindustrie wird hierzu ergänzend im Detail ausgeführt: Maßnahmen, die darauf abzielen, den Zementeinsatz zu verringern (vgl. Kapitel 8.4.1 des IEKK-Entwurfs), lehnen wir strikt ab: Sie stellen einen unzulässigen Eingriff in die Wettbewerbsfreiheit sowie einen Verstoß gegen § 2 KSG BW sowie § 5 Abs. 2 BImSchG und das dort festgelegte Primat zur Vorgabe von Klimaschutzmaßnahmen für die Zementindustrie und andere Branchen allein im Rahmen des Europäischen Emissionshandels dar. Insbesondere einseitige Förderungen einzelner Werkstoffe lehnen wir ab.</p> <p>Vergabekriterien für Bauprojekte sollten grundsätzlich die baulichen / technischen Anforderungen in den Vordergrund stellen.</p> <p>Darüberhinausgehende Umweltaspekte sollten diskriminierungsfrei ausgestaltet sein und einen vollständigen Lebenszyklus-Ansatz verfolgen, der auch die Verfügbarkeit der Baustoffe (Transportemissionen), die Nutzungsdauer von Gebäuden und das Baumaterial-Recycling mit einkalkuliert. In keinem Fall sollten die Energie- und Emissionsintensität allein bei der Produktherstellung berücksichtigt werden.</p> <p>Grundsätzlich greift der alleinige Blick auf den CO₂-Footprint der Produktion eines Baustoffs zu kurz. Vielmehr muss der Aufwand (u.a. Umweltauswirkungen) für die Herstellung in ein Verhältnis zum Nutzen (z.B. Lebensdauer des Bauwerks) gesetzt werden. Nur so lässt sich die Nachhaltigkeit eines Bauwerks unter ökologischen, soziokulturellen und technischen Anforderungen angemessen bestimmen. Einschlägige Normen zum nachhaltigen Bauen orientieren sich deshalb sinnvollerweise an einem umfassenden Lebenszyklusansatz. Eine stärkere Einbeziehung von Umweltaspekten in Baunormen kann – diskriminierungsfreie Ausgestaltung und vollständige Lebenszyklus-Betrachtung vorausgesetzt – ein wirksamer Ansatz sein, um die Anwendung von besonders CO₂-effizienten Zementen und Betonen weiter zu stärken. Bereits heute decken CEM II- (65 – 94 % Klinker) und CEM III-Zemente (5 – 64 % Klinker) 72 % des Zementinlandsversands ab, klassischer Portlandzement (> 95 % Klinker) kommt nur noch auf einen Anteil von rund 28 %. Dennoch arbeitet die Branche an neuen Rezepturen. So befinden sich aktuell weitere neue Zementarten mit maximalen Klinkergehalten von 50 % in der europäischen Normung und die entsprechenden Anwendungsregeln für den Beton werden erarbeitet. Für den breiteren Einsatz besonders CO₂-effizienter Zemente und Betone ist es notwendig, entlang der gesamten Wertschöpfungskette Bau bestehende Routinen und Praktiken zu überprüfen und teilweise stark zu verändern (z.B. Sensibilisierung Bauplaner, Architekten, Bauausführende etc.). Ggf. kann die öffentliche Beschaffung hierbei eine wichtige Rolle einnehmen, z.B. über das Setzen von Anreizen. Generell unterstützen wir die Landesregierung in ihrem Vorhaben, die Markteinführung von CO₂-</p>		
--	--	--	--

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	<p>armen Zementsorten zu unterstützen. Insbesondere bei der Einführung neuer Produktnormen begrüßen wir eine Unterstützung der Landesregierung etwa in Bezug auf die Normung von Zement CEM II BN. Gleichzeitig geben wir aber zu bedenken, dass alternative Binder voraussichtlich nur Nischenprodukte mit einem Marktanteil von maximal 20 % darstellen können, da die Beschaffung notwendiger Rohstoffe sowie die Umstellung von Prozesstechnologien physische und ökonomische Hürden darstellen. Neben der Förderung alternativer Binder sollte daher verstärkt in die Förderung von CO₂-Minderungs- und CCU/CCS-Technologien investiert werden. In Bezug auf die Reduzierung des Ressourceneinsatzes in der Bauwirtschaft möchten wir klarstellen, dass Bauprodukte in der Regel bereits jetzt so effizient wie möglich eingesetzt werden. Einer Diskussion zur Reform von Bau- und Produktnormen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz stehen wir jedoch offen gegenüber, wenn diese die Förderung innovativer Produkte und die Schaffung von entsprechenden Absatzmärkten zum Ziel hat.</p>		
<p><i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i></p>			
<p><i>Kennung</i></p>	<p><i>Kommentar</i></p>	<p><i>Gewichtung</i></p>	<p><i>Quelle</i></p>
<p><i>Allgemeine Hinweise</i></p>			
<p><i>Kennung</i></p>	<p><i>Kommentar</i></p>	<p><i>Gewichtung</i></p>	<p><i>Quelle</i></p>

M142	Ressourceneffizienz in der Bauwirtschaft
<p>Viele Baumaterialien haben einen hohen CO₂-Fußabdruck, was entweder auf die sehr CO₂-intensive Herstellung oder auf die großen Mengen, in denen diese Materialien verwendet werden zurückzuführen ist. Aufgrund von industrieller Massenproduktion in hochskalierten Anlagen (z.B. 1 Mio. Tonnen Zement pro Werk) sind die spezifischen Kosten der Materialien vergleichsweise niedrig. Die Kosten für personellen Aufwand, der für eine Optimierung des Materialeinsatzes nötig wäre, sind vergleichsweise hoch. Entsprechend werden Baumaterialien wie Beton häufig nicht materialeffizient eingesetzt. Ziel ist es, den Ressourceneinsatz in der Bauwirtschaft zu reduzieren.</p> <p><i>Für diese Maßnahme wird die Anwendung folgender Instrumente vorgeschlagen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Praxisleitfaden "Leichtbau in der Bauwirtschaft" verbreiten (Architekten / Bauingenieure / Planungsbüros) • Musterprojekt materialeffiziente Betonverwendung (z.B. Betonbauteile statisch optimieren "Gradientenbeton") • Das Thema Ressourceneffizientes Bauen stärker an Hochschulen und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen in der Lehre verankern • Projekt: Integrale Planung und Herstellung von ressourceneffizienten Betonbauteilen aus mineralischer Faserverbundbewehrung und gradiertem Beton <p><i>Wenn Sie an der Einordnung in den Gesamtkontext interessiert sind, kann dies unter Kapitel 8.4. S. 101 im Maßnahmenkatalog nachgelesen werden.</i></p>	

A	In Zahlen			
<i>Gesamtanzahl Kommentare: 11</i>				
	<i>Bürgerbeteiligung</i>	<i>Verbändebeteiligung</i>	<i>Jugendbeteiligung</i>	<i>Onlinebeteiligung</i>
<i>Anzahl Kommentare</i>	0	0	0	11
<i>Ausschließlich wertende Kommentare (Quellen: OB, BB, VB, JB)</i>				
	<i>Anzahl</i>	<i>Auswahl</i>		
<i>Konkrete Zustimmung zur Maßnahme</i>	2	Gute Idee., Ja!		
<i>Konkrete Ablehnung der Maßnahme</i>	0			
<i>Maßnahmenbewertung aus Plakat-Bepunktung vor Ort (Quellen: BB, VB, JB)</i>				
<i>Angaben = Häufigkeit der Nennung</i>	<i>Zustimmung</i>	<i>Ablehnung</i>	<i>Enthaltung</i>	
	<i>Bürgerbeteiligung (n=18)</i>	<i>Verbändebeteiligung (n=16)</i>	<i>Jugendbeteiligung (n=26)</i>	

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

Maßnahme ist grundlegend sinnvoll			/
Ihre Umsetzung ist notwendig			/
Die Umsetzung unterstütze ich			/
Die Maßnahme ist unklar	0	0	/

B Kommentarinhalte			
Grundsätzliche Zustimmung zur Maßnahme			
Kennung	Kommentar	Gewichtung	Quelle
M142_001	Bitte treten Sie auch mit den "Architects for Future" in Verbindung, denen es genau um diese "Baustelle" geht.	n. a.	OB
M142_002	Anreize zum effizienten Materialeinsatz können mittelfristig durch eine entsprechende Steuer gesetzt werden, bis die bundesweite Co2-Steuer greift.	n. a.	OB
M142_003	Uneingeschränkt ja; siehe auch Kommentar zu M141. (Kommentar zu M141: Unbedingt ja; auch das Produkt Baustahl sollte einer kritischen Prüfung unterzogen werden, schließlich gibt es die ersten Ergebnisse im Bereich Beton mit Kohlefasern. Hier muss noch weiter geforscht und, bei positiven Forschungsergebnissen, entwickelt werden.)	n. a.	OB
M142_004	Gesetzliche und technische Vorgaben (z.B. Schallschutznachweis, Schwingungsnachweis...) müssten so angepasst werden, dass materialreduziertes Bauen möglich wird. Baumaterialien müssen auch danach bewertet werden, wie sie am Ende wieder recycelt werden können, Verbundwerkstoffe sollten vermieden werden.	n. a.	OB
M142_005	Gesetzliche Verordnungen schaffen	n. a.	OB
M142_006	Auch die Nutzung von Bestandsbauten muss verbessert werden und der Hang zum großräumigen Neubau durch entsprechende Infomaßnahmen entgegengewirkt werden. Zudem müssen insbesondere die Architekten bzgl. nachhaltiger Gestaltung von Gebäuden geschult werden. Hier fehlt es oft an einer gesamtheitlichen Gebäudebetrachtung und Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien ("Sonnenhaus", etc.). Entsprechend müssen Gesetze bzgl. Bau und Energiebedarf die Architekten und Bauherren zu einer anderen Denkweise zwingen.	n. a.	OB
M142_007	Der angesprochene Praxisleitfaden kann nicht gefunden werden. Gerade beim Thema	n. a.	OB

Industrie und Stoffströme – Bestehende Maßnahmenvorschläge

	Leichtbau liegt die Gefahr nahe, dass nicht stofflich recyclingfähige Materialien zum Einsatz kommen (z.B. Verbundmaterialien). Dieses Risiko muss ausgeräumt werden.		
<i>Grundsätzliche Ablehnung der Maßnahme</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M142_008	Diese Maßnahmen sind bei der Umsetzung extrem kostenintensiv und nicht für den Massenaufbau geeignet. Das Land würde hierdurch stark verteuert und damit andere Ziele wie die Schaffung von günstigem Wohnraum konterkarieren.	n. a.	OB
<i>Keine inhaltliche Einordnung vorgenommen</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>
M142_009	Kein weiterer Raubbau an Natursandgebieten (Strände, Küstengebiete)	n. a.	OB
<i>Allgemeine Hinweise</i>			
<i>Kennung</i>	<i>Kommentar</i>	<i>Gewichtung</i>	<i>Quelle</i>